

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, U. Savilskova nám. 32.

Telephon:
Tagesrat: 675.
Nachr.: 6707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 43.—
halbjährig 86.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 19. November 1924.

Nr. 271.

Bloßstellung des Absolutismus.

In einer wichtig wirkenden Erklärung hat in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses Gen. Dr. Czech die Nichtteilnahme der deutschen Sozialdemokraten an den Verhandlungen über den Staatsvoranschlag begründet. Es war eine leidenschaftliche Anklage gegen das herrschende System, das ein System der rücksichtslosesten Gewaltausübung ist, eine Anklage, wie sie gleich eindringlich in diesem Hause noch nicht gehört wurde. Dem Beispiele der deutschen Sozialdemokraten werden voraussichtlich die meisten übrigen oppositionellen Parteien, soweit sie dies noch nicht getan haben, folgen und so wird, bis vielleicht auf ganz geringe Reste, die Mehrheit allein unter sich bleiben.

Der Schritt, den die Opposition in unserem Beispiele folgend, damit vollzieht, wird in der ganzen Bevölkerung, die unter dem herrschenden Regime leidet, mit Genugtuung begrüßt werden, aber er wird nicht verstehen, auch im Auslande Aufmerksamkeit zu erwecken. Eine Opposition, die sich anscheinend des Rechtes begibt, auf die Gestaltung des Staatsvoranschlags Einfluß zu nehmen, das deutet tief! Die Budgetdebatte ist in jedem Staate nicht nur die öffentliche Kontrolle der Staatsverwaltung und der Staatsausgaben, sie ist auch die Gelegenheit für die Parteien, zur Führung und Richtung der Politik des Staates im Innern und nach Außen Stellung zu nehmen. Im tschechoslowakischen Parlament begibt sich die Opposition freiwillig dieser Möglichkeit, die aber eben nur eine Scheinmöglichkeit ist, wie auch das Recht der Kontrolle der Staatsverwaltung und der Einflußnahme auf den Staatsvoranschlag nur ein Scheinrecht ist. Das ist es, was durch das Fernbleiben der Opposition von den Budgetverhandlungen zum Ausdruck gebracht wird: der Parlamentarismus als Feigenblatt eines protektionistisch-nationalistischen Systems, das keine Rücksichten, keine Hemmungen, keine Bedenken kennt, wird nachgezeigt!

Im Verlaufe der letzten Jahre haben sich die politischen und sozialen Verhältnisse im Staate aufs schärfste zuspitzt. An der Wiege des Staates haben seine Väter verkündet, daß es ein Staat der Demokratie, der Freiheit, des sozialen Fortschritts und der nationalen Gleichberechtigung werden sollte. Wie anders ist es gekommen, als diese Verheißungen klangen! Mussolini mußte erst seine Schwarzgehenden organisieren, um in Italien die Diktatur aufzurichten, in der Tschechoslowakei wurde auf trockenem Wege demselben Ziele zugestrebt und in nicht minderem Maße der Absolutismus verwirklicht als in Italien. Nur mit dem Unterschied, daß dort ein Einzelner, gestützt auf den Terror seiner Partei, die Mehrheit der Bevölkerung beherrscht, während hier alle Macht in die Hände einiger Oligarchen gelegt ist, denen das Parlament als Verhüllung ihres selbstherrlichen Luns und Treibens gilt. Die Frage mußte einmal deutlich und sichtbar aufgerollt werden: wer herrscht in diesem Staate? Nach der Verfassung ist alle Macht im Staate in die Hände des Volkes gelegt, das Volk aber darf wohl wählen, darf seine Vertretung ins Parlament entsenden, doch dieses ist einflußlos, alles was geschieht, vollzieht sich hinter den Kulissen, und den beiden Stämmen ist keine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt, als zu allem, was das fünfblättrige Kreuzblatt der Pětka beschließt, Ja und Amen zu sagen. Alle Klagen, Beschwerden und Vorstellungen waren bisher, ebenso wie alle Mahnungen, in den Wind gesprochen. In allem hoben sich die Herrschenden im Staate auf die ihnen zur Verfügung stehende polizeiliche und militärische Macht und auf den Knebel verlassen, der die Geschäftsordnung des Parlaments heißt. Bis tief in die Reihen des tsche-

An das arbeitende Volk! Genossen und Genossinnen!

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei haben in den letzten Wochen eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Eine furchtbare Teuerung drückt die Lebenshaltung aller besitzlosen Schichten unter das erträgliche Maß. Die Regierung verschärft die Lage durch schwere Belastung des Massenverbrauches und das Schreckgespenst der Agrarzölle bereitet steigender Teuerung einen neuen Boden. Der fortschreitende Abbau der Arbeitslosenfürsorge steigert die Verelendung der Massen, die Degenerierung des Nachwuchses in erschreckendem Maße. Tausende deutscher Staatsbediensteter aller Kategorien sind in ihrer Existenz aufs Schwerste bedroht, große Teile der deutschen Arbeiterklasse durch ein protektionistisch-nationalistisches System, das das tschechische Industriegebiet dem Andersnationalen gegenüber auf Schritt und Tritt begünstigt, der Arbeitslosigkeit überantwortet. Die deutschen Kultureinrichtungen, vor allem die Volksschule, das Bildungsmittel der breiten Massen, wird von immerwährenden neuen Droffellungen auf das Schwerste heimgesucht. Aus der Bodenreform, die ein soziales Reformwerk sein sollte, ist unter den Händen eines kontrollosen Bodenausschusses und einer kontrollosen Bürokratie ein Instrument des Nationalismus geworden, das durch gewalttätige Kolonisierung des Bodens, durch seine Preisgabe an die kapitalistischen Kreise den deutschen Kleinbauern, den Gutsangestellten und Landproletariern geradezu zum Fluche wird.

Das alles geschieht in einem Staat, der unter den glühendsten sozialistischen und demokratischen Verheißungen ins Leben gerufen wurde, aber in Wirklichkeit zu einem Werkzeug der Kapitalistenklasse ge-

worden ist, in einem Staat, dessen weit überwiegender Teil den arbeitenden Klassen angehört und an dessen Mitverwaltung und Mitregierung auch die sozialistischen Parteien der herrschenden Nation beteiligt sind! Das alles geschieht, nicht nach vorangegangener Verständigung zwischen Regierung und Volk, nicht unter Beobachtung demokratischer Methoden und Prinzipien, von denen die herrschenden Parteien förmlich triefen, sondern durch das nackte Diktat der Koalitionsparteien und der ihnen gefügigen Bürokratie. Sie entscheidet über die Lebensschicksale von Tausenden und Abertausenden Menschen, sie entscheidet schrankenlos und zeitweilig auch über die Köpfe der Regierung hinweg, sie entscheidet aber immer gegen die nach Millionen zählenden Minderheiten, deren ausschlaggebender Bestandteil wieder die arbeitenden Menschen sind. So wird das deutsche Proletariat dieses Landes dem doppelten Druck unterworfen: der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion, aber auch der nationalen Fremdherrschaft. Die Entmannung des Parlamentes durch ein leeres Formenspiel der Koalitionsparteien, die Ausübung der Staatsmacht durch eine auf wenige Köpfe gestellte oligarchische Regierung, die hochmütige Mißachtung in der Nullifizierung der parlamentarischen Opposition, setzt diesem ganz unerträglichen Zustande die Krone auf.

Inmitten dieser Verschärfung aller Gegenstände wollte die herrschende Koalition das Staatsbudget in einer bloßen Scheinverhandlung, unter geduldiger Mitwirkung der Opposition, durchdrücken, um so vor der Welt den Anschein zu erwecken, daß in der Tschechoslowakei mit demokratischen Methoden

regiert wird. Die deutschen Sozialdemokraten haben dieses Spiel durchkreuzt. Sie haben nach einem wichtigen Protest ihre Teilnahme an den Budgetberatungen verweigert, sie haben die demokratische Lüge dieses Staates beseitigt und es vor der ganzen Welt offenkundig gemacht, daß die Tschechoslowakei von einem absolutistischen, volksfeindlichen Regime beherrscht wird.

In dieser Stunde sehen wir uns bemüht, die Bevölkerung aufzurufen, ihr, die in das feinnaschige Staats- und Parlamentsgetriebe nicht einzubringen vermag, das frevelhafte Spiel, das mit ihr getrieben wird, aufzuzeigen und ihr auch die Gefahren vor Augen zu führen, von denen sie bedroht ist.

Genossen und Genossinnen, wir erfüllen unsere Pflicht, indem wir euch hiemit Rechenschaft geben. Wir sind fest überzeugt, daß hinter den Forderungen eurer parlamentarischen Vertrauensmänner der unbeugsame Wille des deutschen Proletariats steht, daß ihr entschlossen seid, für seine Geltung im Staate, für die Selbstverwaltung seiner sozialen und kulturellen Institutionen, für seinen Arbeitsplatz, für seinen Anteil an Grund und Boden zu kämpfen, und daß keine Gewalt imstande sein wird, euch euer Recht dauernd zu verweigern!

Rieder mit der Reaktion!
Weg mit der sozialen und nationalen Entrechtung!
Kampf den Feinden der Demokratie!
Schließt die Reihen!
Es lebe die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Der Klub der deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Das tschechische Volk herrscht mit der Art, wie hier regiert wird, tiefe Unzufriedenheit. Doch jeder noch so leise Einspruch, der von dieser Seite kam, wurde mit dem Vorwurfe des „Verrats an der Nation“ niedergeschlagen. Immer übermütiger und üppiger gebärdete sich das herrschende Regime, das sich in sozialer Hinsicht gegen die arbeitenden Klassen, in nationaler Beziehung gegen alle nichttschechischen Nationen richtete, ihren Kulturbesitz zerstört und die arbeitenden Menschen systematisch aus Erwerb und Existenz zu verdrängen sucht. Das Parlament ist längst nicht mehr die Stätte, an der gegen diese Ausschreitungen und Vergewaltigungen wirksam angeknüpft werden konnte, es ist auch nicht mehr die Körperschaft, die in demokratischer Zusammenarbeit die Gesetze beschließt, es ist nicht einmal mehr die wirksame Tribüne, von der herab gegen Unrecht und Willkür angeknüpft werden konnte. Der Bevölkerung soll durch den von unseren Genossen unternommenen Schritt zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Bemühungen der von ihm Gewählten, mögen sie noch so eifrig ihre Pflicht im Dienste der Wählerschaft erfüllen, von dem Regime der Koalition unwirksam gemacht werden.

Die arbeitende Bevölkerung leidet noch immer schwer unter der Arbeitslosigkeit und besonders unter der jetzt wieder steigenden Teuerung. Unbefürmert; darum unternimmt die

Regierung nichts, um der Not des arbeitenden Volkes zu steuern; für die Staatsangestellten und Pensionisten, deren Einkommensverhältnisse tief unter dem Friedensniveau stehen, hat sie nur eine unzulängliche Hilfe übrig. Dabei wird die Bedrängung und Proletarisierung deutscher Staatsangestellter und Arbeiter unaußhörlich fortgesetzt, die tschechische Industrie auf Kosten der Industrie der anderen Nationen begünstigt. Wie die Regierung in sozialer und freierlicher Beziehung geartet ist, darauf legen das Terrorgesetz, das Schutzgesetz und das Gesetz zur faktischen Ausschaltung der Schwurgerichte bei allen Pressebelikten Zeugnis ab. Der nationalistisch-imperialistische Geist, der die Vergewaltigung und die diktatorische Gesetzgebung beherrscht, geht unentwegt darauf aus, die Rechte, die Existenz und die Kulturgüter der anderen Nationen zugunsten der Herrenklasse der herrschenden Nation zu schädigen. Der Druck der politischen wirtschaftlichen und sozialen Reaktion ist unerträglich geworden. Dies um so mehr, als das Parlament in seinen Rechten mißachtet und bloß zur mechanischen Beschlussfassung über die von den Vertretern der Koalition ausgearbeiteten Gesetze benützt wird.

Zu aller Gewalt, zu allem Unrecht, zu aller Unterdrückung, haben die herrschenden Klassen noch den Spott hinzugefügt. Der Herr Ministerpräsident glaubt, über die Opposition sich lustig machen zu dürfen und es ist ein

beliebtes Spiel der Koalitionspresse, über die Unfruchtbarkeit der Opposition zu spotten. Erst legen sie der Opposition Handschellen an, stopfen ihr einen Anebel in den Mund, beschränken alle ihre Rechte, stimmen schonungslos ihre Anträge nieder und machen ihre praktische Mitarbeit unmöglich, dann erdreisten sie sich noch, die mundtot und einflußlos gemachte Opposition zu höhnen!

Dieses verworfene und verlogene Spiel mußte endlich einmal mit aller Schonungslosigkeit enthüllt werden. Sie sollen nicht Demokratie vortäuschen, wo nur die Diktatur einer Clique herrscht! Es gibt Zeiten, in denen das Schwergewicht des Einflusses des Volkes nicht im Parlament, sondern bei den Massen draußen liegt. Eine solche Zeit ist gekommen! Unsere Genossen im Parlament haben auf hartem Boden ihre Pflicht getan. Sie haben nichts unversucht gelassen, um die Interessen ihrer Wähler zu vertreten, sie werden sich jetzt, bei ihren Bemühungen ein engstirniges und herrschgieriges Regime immer engere Schranken legt, an die Massen des arbeitenden Volkes. Der Ruf an sie, den unsere Abgeordneten und Senatoren erheben, wird nicht ungehört verhallen. Die tschechoslowakische Diktatur ist bloßgestellt, es gilt den Kampf gegen dieses Regierungssystem, den Kampf für die wirkliche Freiheit und Demokratie!

Ein Kabinett der Strohleute.

Kamef mit der Regierungsbildung betraut. — Ahrer Finanzminister, Bangoin bleibt. — Seipel und Rintelen als eigentliche Drahtzieher.

Wien, 18. November. (Eigenbericht.) Die Regierung wurde auch heute noch nicht gebildet; im Hauptauschuss wurde auf Antrag des christlichsozialen Abgeordneten Rint den Dr. Kamef als Bundeskanzler designiert. Er erklärte, daß er erst übermorgen seine Vorschläge für die Kabinettsbildung erklären könne.

Insmerhin ist schon jetzt mit Sicherheit zu rechnen, daß außer Seipel auch Dr. Kienböck, der sich auch bei seinen eigenen Parteigenossen verhaftet gemacht hat, zurückerufen werden. An Stelle Kienböcks soll der steirische Landeshaupthauptmann-Stellvertreter Ahrer kommen, der einer der mächtigsten von der steirischen christlichsozialen Alliance ist. Er ist noch ein junger Mann und ein bekannter Geschäftsmacher. Minister des Innern soll der christlichsoziale Abgeordnete Dr. Wataja werden, der schon lange auf dieses Amt wartet. Sicher soll auch sein, daß der famose Minister für soziale Verwaltung Schmitz zurücktritt und seinem Vorgänger Dr. Resch wieder Platz macht. Dagegen wird der Herr Minister Bangoin bleiben, da unter den christlichsozialen Abgeordneten niemand ist, der ihn verdrängen will.

Was die Haltung der Großdeutschen betrifft, so wird erst morgen ihre Reichsparteileitung beschließen. Es scheint aber schon heute sicher zu sein, daß sie sowohl in die Regierungskoalition als auch in die Regierung eintreten werden. Wennigstens rechnen die Christlichsozialen damit und ihr Abendblatt nennt bereits als die voraussichtlichen großdeutschen Minister die Abgeordneten Waber und Cessin.

Dr. Seipel, von dem es gestern hieß, daß er in seiner Betätigung auch die Führerschaft in der christlichsozialen Partei und eventuell sogar sein Mandat zurücklegen wolle, hat es sich mittlerweile überlegt und will auch die Führerschaft in der Partei beibehalten, um, wie schon bei früheren Ministerien, auch dieses dirigieren zu können. Andererseits werden auch die Landeshauptheute, an deren Spitze der steirische Landeshaupthauptmann Dr. Rintelen steht, ihren Einfluß auf die Regierung zu wahren trachten und man kann darauf gefaßt sein, daß jeder nach einer anderen Richtung ziehen wird, so daß man jetzt schon im Parlament von einem Kabinett Seipel-Rintelen, genannt Kamef-Ahrer spricht.

Abchluss der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich.

Gegenseitige Meistbegünstigung.

Wien, 18. November. Heute abends wurden die in österreichischen Außenministerium stattgefundenen handelspolitischen Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Republik und Oesterreich in der Schlussphase beendet. Die Vorüberenden der beiden Delegationen betonten in ihren Schlussworten, daß die umfangreichen Verhandlungen, die nicht ohne Schwierigkeiten waren,

dank der beiderseitigen Bemühungen, günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen, zu einem positiven Resultat gelangt sind. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden eine weitere wichtige Etappe in den gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen bilden. Der abgeschlossene Zusatzvertrag zum Zolltarif ist eine Ergänzung des Rahmenhandelsvertrags vom 4. Mai 1921, der die wirtschafts-politischen Verhältnisse zwischen der tschechoslowakischen Republik und Oesterreich auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung regelt.

Eine Demission der Bourgeoisie

Dr. Seipel hat das Mandat zur Regierungsbildung, nun wahrscheinlich endgültig, niedergelegt. Es ist ihm in den mehrjährigen Verhandlungen mit den Vertretern der Länder nicht gelungen, die Widerstände, die sich gegen das zentralistische Finanzsystem auch in den Reihen seiner eigenen Partei geltend machten, zu überwinden. Das Programm, mit dem er die Regierung in Oesterreich vor zwei Jahren übernommen hatte und nach dem er die Sanierung Oesterreichs durchführen wollte, ist mit seinem Abgang so gut wie erledigt. Alle Phrasen der christlichsozialen Presse täuschen nicht darüber hinweg, daß man auch in den Kreisen der österreichischen Regierungsparteien eingesehen hat, daß das System, welches Seipel verfocht, unhaltbar geworden ist.

Die Methoden Seipels und Kienböcks mühten sich schließlich Widerspruch in den eigenen Reihen finden. Als die christlichsoziale Partei vor den letzten Wahlen alle anderen bürgerlichen Parteien entweder in sich aufnahm oder zu ihren bedingungslosigen Traditionen machte, änderte sich ihr ganzer Charakter, den sie seit Luzer und Gschmann trug. War sie ursprünglich eine Partei des Wiener Kleinbürgertums und dann eine Partei der Alpenländer gewesen, so wurde sie unter Seipels Führung die bürgerliche Einheitspartei, die zugleich den kleinen Bürger, den Bauern, den Industriellen und den Finanzkapitalisten zu vertreten suchte. Es mußten sich in ihr bald Risse zeigen und solange die verschiedenen Schichten von Besitzenden, die heute hinter der christlichsozialen Partei stehen, sich nicht auf ein einheitliches Programm geeinigt haben wird, wird es in der Partei stets neue Krisen geben. Der Widerspruch gegen das System Seipels zeigte sich bei jedem Schritt. Es gab in der Partei immer Gruppen, die an dem Gelingen der Strafs ein Interesse hatten, während die Regierung jede Lebensbewegung abzuwürgen suchte. Seit der Beschuldigungsreform der Staatsbeamten war der Konflikt latent vorhanden. Damals äußerte Ferschöbel, man werde, wenn die Sanierung wie bisher fortschreite, die christlichen Wähler bald mit der Laterne suchen müssen. Der Kampf gegen die Gemeinde Wien, geführt mit dem doppelten Ziel, Steuererheber der Gemeinde der finanzkapitalistischen Sanierung denkbar zu machen, und zugleich der Sozialdemokratie das Arbeitsfeld zu nehmen, auf dem sie tätig sein konnte, wie man besser kannte als Seipel, schuf einen neuen Konflikt im christlichsozialen Lager. Man konnte den Kampf gegen Wien nur als prinzipiellen Kampf gegen die Länderautonomie führen. Da aber die übrigen Länder christlichsozial registriert sind, stieß Seipel auf den Widerstand seiner Parteigenossen in den Ländern. Der Eisenbahnerstreik, der ohne ein wieder einen Baustein aus seiner Sanierung herausriß, war ihm eine günstige Gelegenheit zu einer zunächst demonstrativen Demission. Er hoffte, dann, durch die Drohung, die Demission aufrecht zu erhalten, seine Parteigenossen zur Gefolgschaft in der Frage der Länderautonomie zu gewinnen. Die christlichsoziale Partei machte ihrem Führer das Kompliment, daß alle bis auf den letzten Mann hinter ihm stünden, aber sie machte seine Politik nicht mit: Seipel ist geflohen, weniger über die Opposition der Sozialdemokraten, die allerdings die letzte Wurzel seines Unterganges darstellt, die aber auch dem neuen Ministerium gelten wird, als

über die Trennung seiner eigenen Parteigenossen. Der Mann, der die christlichsoziale Partei auf eine ungeheure Höhe geführt hat, der sie zur bürgerlichen Einheitspartei in Oesterreich gemacht hat und als Ausstatter des Finanzkapitals die große Sanierung Oesterreichs durchzuführen unternahm, ist von den Kräften, die er entfesselt, gestürzt worden.

Mit Seipel hatte das österreichische Bürgerum seinen letzten großen Politiker an die Spitze der Partei und des Staates gestellt. Seit Jahrzehnten war er in Oesterreich der einzige bürgerliche Staatsmann von einiger Bedeutung. Er war ein gefährlicher Feind der Arbeiterklasse und nicht umsonst wurde der Ruhm seines Namens in den reaktionären Parteien aller Länder verkündet. Aber das System, das er vertrat, die Sanierung eines Landes auf Kosten der Arbeiterklasse, die feuchtwässrige Herrschaft des Bankkapitals im Staate und in der Wirtschaft, hat sich in zwei Jahren zu Tode gelaufen. Wenn die österreichische Bourgeoisie heute den Mann, der ihre besten Interessen symbolisierte und verwaltete, von dem Posten, auf dem er gewirkt, abberuft, — und um eine solche Abberufung handelt es sich schließlich —, gesteht sie damit ein, daß sie sich nicht für fähig hält, ihre Vorherrschaft im Staate aufrecht zu erhalten. Sie kann diesen Staat nur regieren, wenn sie der Opposition Zugeständnisse macht. Der Mann, der wahrscheinlich Seipels Nachfolger wird, spielte bisher eine untergeordnete Rolle. Daß man ihn jetzt vorwärts zieht, daß man mit dem alten System brechen und neue Mittel beschaffen will, über die man sich allerdings noch im unklaren zu sein scheint. Die österreichische Arbeiterklasse kann Seipels Abgang als einen Erfolg buchen. Sie hat in zwei Jahren harten Kampfes der Bourgeoisie bewiesen, daß man in Oesterreich zwar bürgerliche Regierungen bilden, daß man aber nicht über die Köpfe der Arbeiterpartei hinweg regieren kann. Der Rücktritt Seipels ist ein Schritt auf dem Wege des österreichischen Proletariats zur Mithierregung im Saate.

Ausland.

Zur Frage der Geheimfonds.

Genosse Paul Faure, Sekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, schreibt uns:

Die Kommunisten schenken großen Vorn über die Annahme der Geheimfonds durch die sozialistische Fraktion. Bevor man über dieses Ereignis urteilt, ist es angebracht, sich genau zu unterrichten. Natürlich sind wir Gegner der Geheimfonds. Wir haben bisher immer gegen sie gestimmt, wir hätten es ohne Zweifel auch getan, wenn sich nicht zwei Kleinigkeiten, die in unseren Augen sehr wichtig erscheinen, ergeben hätten. Zunächst erklärte die Regierung durch den Mund ihres Chefs all das, was bis uns im Gebrauch der geheimen Fonds den größten Anstoß erregt, nochmals zu prüfen: Das System der Lockpfeil, der Spionage und der Korbhändler. Er sagte ferner, die Umwandlung der Fonds sei durch die moralische Macht derer, die sie anwenden, beschränkt. Das ist — man wird es zugeben — ein Fortschritt gegenüber der Vergangenheit. Aber trotz dieser Erklärungen waren wir nicht geneigt, für die Kredite zu stimmen und hatten schließlich den Entschluß gefaßt, uns zu entfernen. Da zeigte sich das Ma-

über der Kommunisten und der Rechten. Nachdem die Kommunisten einen Vorschlag eingebracht hatten, der auf die gänzliche Ablehnung des Kredites abzielte, entschloß sich die Rechte, dafür zu stimmen. Man sah die Stimmen des Herrn Cachin und seiner Freunde sich mit denen der Herren von der Rechten Francaise, der alten Poincaréminister und der Agenten Milleronds mischen. Wir zögerten keine Stunde unter diesen Umständen und unsere 105 Stimmen retteten die Regierung Herriot. Wenn wir dagegen gestimmt hätten, hätte das Kabinett 232 Stimmen gegen 305 gehabt und es wäre gestürzt worden. Die französische Politik wäre von neuem nach rechts geschlitten, die Geheimfonds wären natürlich angenommen worden und in schlechtere Hände gekommen. Das wollten wir nicht.

Léon Blum erklärte in unserem Namen, sich an die Rechte wendend, so gendernahen unsere Haltung: „Es zur letzten Minute waren wir entschlossen, uns der Stimmen zu enthalten. Aber als wir sahen, daß man auf Euren Bänken für den kommunistischen Antrag stimmte, haben wir uns entschlossen, Euch zu antworten. Und jedesmal, wenn Ihr wieder ein Manöver dieser Art beginnen werdet, werdet Ihr uns vor Euch finden, entschlossen, es abzuwehren.“ Das ist klar und offen.

Man muß hinzufügen, daß noch geheimer Abstimmung unter Genosse Lebas in unserem Namen einen Abänderungsantrag eingebracht, der durch die Überschrift gekennzeichnet erscheint: „Ausgaben für die allgemeine Sicherheit, speziellen Kontrollvorschriften unterworfen.“ Die Finanzkommission wird diese Kontrolle genau zu untersuchen haben. Das bedeutet die Einschränkung, wenn nicht die Zerstörung des geheimen Charakters der Kredite. Die Regierung hatte den guten Einfall, die Abände-

rung anzunehmen. Natürlich stimmten die Rechte, das Zentrum Poincarés und die Kommunisten gegen den sozialistischen Vorschlag, der nicht desto weniger angenommen wurde.

Zusammenfassend: Die Sozialisten mühen sich, inmitten der tausend Schwierigkeiten und täglichen Fallstricke zu verhindern, daß die französische Politik wieder in die Klauen der Nationalisten und Reaktionen zurückfällt, die das Wahlergebnis vom 11. Mai davongetragen hat. Sie wollen die Entwertung der Demokratie und die Festigung des Friedens. Die Kommunisten, unbewußte Verbündete der Rechten und des Nationalismus, tun alles, was sie können, um diese Anstrengungen zunichte zu machen. Was uns betrifft, so fürchten wir weder das Urteil der französischen Arbeiter, noch das der Arbeiter der Internationale.

Christlichsoziale Niederlagen in Wiener Bezirken. Dieser Tage fanden die Wahlen in den verschiedenen Vertretungskörpern der Wiener Straßenbahner statt. Es kandidierten drei Gruppen, und zwar die freie Gewerkschaft, ein sogenannter „unpolitischer“ Verein und der christliche Verband. Die freie Gewerkschaft gewann trotz des Terrors der Unpolitischen, die unter dem Schutze des Polizeifabels Propaganda machten, 574 Stimmen. Der christliche Verband verlor von 22 Mandaten 21. Er behielt also ein einziges Mandat. Die freie Gewerkschaft erlangte die Mehrheit der Mandate. Eine ebenso vernichtende Niederlage erlitten die Christlichsozialen bei den Wahlen zu den Betriebsräten der Bankhilfen. Von 99 Mandaten erhielten die Christlichen fünf, die freie Gewerkschaft 94. Die Arbeitererschaft verläßt fluchtartig das christlichsoziale Lager und sammelt sich in den sozialdemokratischen Reihen.

Der Tag der Opposition.

Prag, 18. November.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses hat dem Käftelrat, das die Koalition über die Politik der oppositionellen Parteien bei der Budgetberatung angestellt hat, ein Ende gemacht. Der Kernbestand der Koalition ist die Betroffenheit über den würdigen, aber ungemein scharfen Schritt der Opposition gewichen: Die oppositionellen Parteien beteiligen sich nicht an den Beratungen über den Staatsvoranschlag!

Es war die großzügige und wichtige Rede des Genossen Dr. Czech, die der Sitzung des Abgeordnetenhauses ihr Gepräge verleiht. Die Rede — die wir an anderer Stelle bringen — faßte alle Anklagen gegen das herrschende System zusammen und enthielt so eine vernichtende Kritik der Koalitionsmethoden. Die Ausführungen unseres Sprechers waren wiederholt von lebhaften Zustimmungslundgebungen begleitet und als Dr. Czech davon sprach, daß nur eine Abstimmungsmaschine, die man nicht mehr als Volksvertretung bezeichnen kann, zurückbleiben wird, bis die Opposition das Haus verlassen haben wird, ertönte spontaner Beifall und laute Bravorufe auf allen Bänken der Opposition. Auch als Dr. Czech geendet hatte, wurde ihm langanhaltender und demonstrativer Beifall von unseren Parteigenossen gezollt, in den auch die übrigen Oppositionsabgeordneten mitgerissen wurden. Unserem Redner, der von zahlreichen Abgeordneten der Oppositionsparteien umringt war, wurde von allen Seiten gratuliert.

Den äußeren Rahmen der Rede, die die wirkungsvollste war unter den letzten im Hause vorgetragenen, bildeten stark besetzte Bänke im Saale selbst und eine dichtgefüllte Journalistengalerie. In den Diplomatenlogen sahen viele Senatoren. Ueber dem Hause lag eine ernste Spannung, die sich in äußerster Stille, die nur von den sich immer wiederholenden Zustimmungslundgebungen unterbrochen war, kundgab.

Nach Dr. Czech betrat die bürgerlichen Sprecher die Rednetribüne, die in einer je nach ihrer Parteeinstellung abgedühten Weise, den Anschluß an das Vorgehen der deutschen Sozialdemokraten mittelten. Dies wird auch der Redner der slowakischen Volkspartei und der der ungarischen Genossen, welche morgen zu Wort gelangen, dem Hause kundgeben, so daß am morgigen Tag die Opposition den Beratungsaal des Abgeordnetenhauses für die Dauer der Budgetberatung verlassen wird.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die Kommunisten scheinbar beabsichtigen, ihre Deklamation in der Budgetspezialdebatte vorzubringen und so versuchen, die Koalition in ihrem Bestreben, eine parlamentarische Behandlung des Budgets im Hause vorzutauschen, unterstützen.

Erdinkos Schönfärbereien.

Generalberichterstatter Dr. Erdinkos bejaht sich darüber, daß dem Parlament und insbesondere dem Budgetausschuss wenig Zeit für die Verhandlung des Staatsvoranschlags gelassen wird. Der Budgetausschuss hat nach dieser Richtung hin seinen Standpunkt in einer Resolution niedergelegt, die er nun dem Hause vorlegt und in der die Regierung aufgefordert wird, das Budget nächstes Jahr wenigstens in den ersten Oktobertagen vorzulegen. Der Berichterstatter stellt einen großen Fortschritt in der Zusammenstellung des Staatsvoranschlags fest. Seit 1923 wird das Budget nach der Möglichkeit der Einnahmen und nicht der Ausgaben, wie dies 1921 und 1922 war, zusammengestellt. Das ist ein ganz richtiger Standpunkt, nach dem sich der Staat aber nicht immer richten könne, weil Umstände entstehen, die größere Ausgaben erfordern.

In diesem Falle ist es nötig, zur Anleihe zu greifen. Zu diesem Mittel habe der Staat gegriffen und circa 21 Milliarden Schulden gemacht. Die Form des heutigen Budgets ist neu. In den künftigen Budgets wird die Grenze zwischen Staatsverwaltung und Staatsbetrieben scharf gezogen sein. Heuer war dies nicht möglich, weil die bezügliche Durchführungsverordnung erst anfangs Oktober erschien. Unser Staatsbudget entbehrt seit dem Jahre 1919 in einigen Kapiteln der Detaillierung wodurch der Bürokratie eine große Macht in die Hand gegeben wird, weil sie mit den Zentralkrediten ohne Kontrolle wirtschaften kann. Nach dieser Richtung hin verlangt das Budget eine Verbesserung, die er im nächsten Budget berücksichtigt wünscht. Der Berichterstatter befaßt sich sodann mit dem Meritum

des Budgets und vergleicht die Ziffern des heutigen Budgets mit den Ziffern der früheren Staatsvoranschläge.

Die Erklärungen der Deutschbürgerlichen.

Kreisel (Bd. d. Landw.): Zum viertenmale seit der Wahl des tschechoslowakischen Parlamentes wiederholt sich in diesen Tagen ein Schauspiel der sogenannten parlamentarischen Beratung des Voranschlags. Der Verlauf war bisher immer der gleiche: Ein Schauspiel, dessen Drahte in der „Betta“ zusammenkniffen, und bei dem der Opposition die Rolle der belächelten Statisten zugewiesen war. Eine hieher Verantwortung bewußte Regierung und Regierungsmehrheit müßte bei einer solchen Lage alles tun, die Opposition zu sachlicher Mitarbeit heranzuziehen. Statt dessen hat die Regierung ihre wiederholten Versprechungen, der Volksvertretung Gelegenheit zu einer sachlichen Behandlung des Staatsvoranschlags zu geben, nicht nur nicht gehalten, sondern im Gegenteil den Staatsvoranschlag in diesem Jahre nach später eingebracht und durch den Berichterstatter ausgesprochen lassen, daß jede Änderung ausgeschlossen ist. (Hört! Hört!) Das ist unerhört. (Zustimmung.) Diese Mißachtung des Parlaments, der Opposition im besonderen ist nur die Krönung eines Systems das in Vertennung des Mehrheitsprinzips die Wahrheit innerhalb und außerhalb als Objekt der Politik betrachtet. Der dem deutschen Landwirte vorenthaltene deutsche Boden wird tschechifizierungsgegenstand überlassen, dem deutschen Landwirte wird der Heimatboden genommen, und das schlägt unserer Geduld den Boden aus. (Sehr richtig!) Ein bedeutender Teil des Nationalvermögens wird so an

Unwürdige Verdienste oder zu Spottpreisen veräußert. An dieser Günstlingswirtschaft, die hier himmelstreichende Korruption wollen wir nicht einmal anstreifen. Ist dies die Art für die schwersten Probleme des Staates eine Lösung zu finden, Millionen von Staatsbürgern für die Mitarbeit zu gewinnen? Rechtfertigt ein solcher Zustand die immer wiederkehrende Verherrlichung, daß es die Würdevollheit sei, die die Mitarbeit im Staate verweigert? Auf diese Frage haben vielleicht gerade die Ereignisse der letzten Monate deutlich Antwort gegeben. Und wenn unsere Politik keinen andern Erfolg gehabt hätte, als die Heuchelei der Regierung zu brandmarken, so ist sie schon allein deshalb als eine Entwicklungskrise der innerpolitischen Lage gerechtfertigt. Wir tragen nur die Verantwortung, welche die Interessen der von uns vertretenen Deutschen verlangt. Wir wollen nicht weiter die Rolle von Statisten übernehmen wollen das Märchen von der konseleierten Tschschlawa vor der ganzen Öffentlichkeit zerlegen. (Weißk.) In diesem Sinne haben nicht die in der deutschen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Parteien als ihren derzeitigen Vornamen beantragt, zu erklären, daß wir uns an der weiteren Behandlung des Staatsvoranschlags nicht beteiligen. (Weißk.)

Dr. Ledgman (d. Nat.) schießt sich im Namen der Deutschen Nationalpartei allen Verhältnissen an, welche von deutscher Seite aus Anlaß der Beratung des Staatsvoranschlags vorgebracht worden sind und hält eine weitere Beteiligung an den beschriebenen Arbeiten für überflüssige Zeitverschwendung. Heute dürfte sich auch der zur Verständigung der Völker dieses Staates bereitete Politiker auf Seite der Opposition klar sein, daß dem System des Nationalstaates weder durch parlamentarische Verhandlungen, noch durch lokale Mitarbeit beizukommen ist. Man kann in uns das Bewußtsein nicht ertönen, daß wir als Teile des deutschen Volks Pflichten zu erfüllen haben, die in uns lebendig sind und nach denen wir innerer Not gehorrend, in Schicksalsstunden handeln werden, ohne Staatsanwalt und Regierung dieses Staates zu fragen. Wir waren vor dem Staate hier und wir werden nach ihm hier sein.

Jung (d. Nat.-Soz.) Sehen wir das feste ein für die Freiheit unseres Volkes, können wir uns auf gegen Annäherung und Bedrückung. Erinnern wir uns der Badenzeit, nehmen wir auf den Kampf zu unserer Selbstbehauptung. Auch unser Klub wird sich zum Zeichen des Protestes gegen den schändlichen Parlamentarismus an der Weiterberatung des Staatsvoranschlags, die doch nur eine Gaukelei ist, nicht weiter beteiligen.

Der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Huban, ruft den Redner für seine Schlußworte zur Ordnung.

Sodann wurde die Sitzung wegen einer eingetretenen Lichtstörung geschloffen.

Sie verschließen sich hartnäckig vor der Tatsache, daß eine gewaltige Bewegung durch die Welt geht nach Verbesserung und Ausgestaltung der Demokratie, die den Staatsbürger Anteil nehmen. Ihn mitbestimmen läßt an der gesamten Verwaltung des Staates in allen Instanzen. So ist das Mitbestimmungsrecht der Staatsbürger, die Autonomie, geradezu das Lebenselement der wahren Demokratie.

Aber aus Furcht davor, daß die Autonomie eine nationale sein, daß sie den nationalen Minderheiten in diesem Staate ein wenig Bewegungsfreiheit geben könnte, haben Sie sogar die kümmerlichen Anfänge zur Selbstverwaltung, die sich im alten Oesterreich entwickelt hatten, vernichtet und der Bürokratie eine Allmacht zugesprochen auf die zum Schluß Sie selbst jeden Einfluß verlieren haben. Solche Vorstellungen haben Sie von der Verwaltungsreform! An die Stelle der demokratischen Wahl haben Sie überall die Ernennung, an die Stelle selbstwählender Korporationen überall die Obrigkeit gesetzt. Nach sechsjährigem Bestand des Staates gibt es noch Gebiete, die in der Nationalversammlung nicht vertreten sind; und wenn denn Wahlen nicht mehr zu umgehen sind — wir haben es in Kärnten und in der Steiermark gesehen — da wird zur Korrektur des Wahlergebnisses der ganze Apparat der Wahlbeeinflussung in Bewegung gesetzt. Sie haben

alle Requisiten der Polizeigewalt aus dem alten Oesterreich übernommen,

mit diese reaktionären Gesetze zu beseitigen, neue Instrumente der Unterdrückung geschaffen und werden sie rücksichtslos an. Sie haben die Schourgerichte in politischen Strafsachen fastlich ausgeschloffen. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist der bürokratischen Willkür überantwortet und jede Regelung des politischen Lebens unter Polizeiaufsicht gestellt. Wir haben die empörende Tatsache erleben müssen, daß Militär gegen streikende Arbeiter ausrückte und Sie verheeren laum mehr die Absicht, unbedeutsame Oppositionsparteien einfach aufzulösen. Kann man von Freiheit der Presse in diesem Lande überhaupt noch reden, in dem innerhalb der letzten zehn Monate 1486 Konfiskationen zu verzeichnen sind? So sieht in der Tschschlawa die politische Freiheit aus! Wessen wir sie nicht etwa an dem Jdeal der wahren Demokratie, sondern nur an den Grundfäden jener Demokratie, die Sie selbst proklamiert haben. Sie sagen: „Demokratie ist Diskussion.“ Aber Sie diskutieren längst nicht mehr vor der Öffentlichkeit! Sie haben die Diskussion eingeschränkt, zunächst auf die Koalition, Sie haben sie dann weiter reduziert auf den Bund der beiden Parteien. Sie sagen: „Demokratie ist Verantwortung.“ Aber wenn fühlen Sie sich, wenn Ihre Minister, verantwortlich? Wenn legen Sie alle Rechenschaft ab, wenn stehen Sie alle auch nur Rede? Während im Ausland Ihre Staatsämter von Frieden und Abrüstung reden, ist

Ihr Staat bis an die Zähne bewaffnet.

Am Zeichen des Budgetabbaues erhöhen Sie die Ausgaben für die Anschaffung von Geschützen und die Tschschlawa: Republik hat mehr Offiziere, als das dreimal so vollreiche Italien, welches wahrlich nicht ein Musterstaat der Entmilitarisierung ist. An der Löhnung und Verpflegung der Soldaten freilich wird gespart. Auch in Ihrer angeblich demokratisch ausgebauten Armee gibt es Soldatenmishandlungen und Soldatenmord. Und wie sieht es in jenen Zweigen der Staatsverwaltung aus, die den sozialen und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen sollen. Ein großes soziales Reformwerk wollten Sie schaffen, eine Quelle der Klassenengegähre beseitigen durch die

Bodenreform.

Aber was ist unter den Händen des kontrolllosen Bürokratie aus der Bodenreform geworden? Nicht an die landarmen Kleinbauern und Landproletarier verteilen Sie den beschlagnahmten Boden, sondern schenken ihn mit Umgehung des gesetzlichen Zuteilungsverfahrens den Gutsbesitzern und Kapitalisten zu. Statt die Klassenengegähre zu beseitigen, schaffen Sie einen neuen Vandalen und an diesen Transaktionen machen die Agrarbanken Wucherprofite, während Hunderte von Gutsangestellten und Arbeitern auf Pfaster fliegen und Tausende von Kleinbauern mit enttäuschten Hoffnungen im alten Elend zurückbleiben. Während die Verfassungsurkunde gewaltsame Nationalisierungen verbietet, ist Ihnen die Bodenreform nichts anderes, als ein nationalisiertes Machsinstrument. Und damit sie als solches ungestört funktionieren kann, lassen Sie gegen das von Ihnen selbst geschaffene Gesetz den Verwaltungsausschuss des Bodenamtes in seiner alten Zusammensetzung als bloßen Ausschuss der Koalitionsparteien schrankenlos herrschen. Wir sind sehr weit davon entfernt, für die Interessen der deutschen Pächter und Eigentümer einzutreten. Aber warum darf sich dann Herr Präkel der Beschlagnahme seiner Güter entziehen? Wir verlangen, daß die Kleinlandwirte Boden erhalten, aber warum werden die deutschen Kleinbauern systematisch davon ausgeschlossen? Der Bodenaussschuss wird womöglich noch übertröffen durch den Bankaussschuss, der nicht einmal ein Ausschuss der Koalitionsparteien, sondern einfach eine Expositur der Livnostensbank ist. Nicht wir, ein Koalitionsblatt, das „Ceske slovo“ hat das festgestellt. Die Politik des Bankamtes ist auch ganz danach. Eben erst haben wir es gehört und Sie haben es halb und

halb eingestanden, daß acht Milliarden Klassencheine im Umlauf sind, die nicht ausgewiesen werden, während andererseits der Kredit verteuert wird. Wie ist Ihre Steuerpolitik beschaffen? Die Reform der direkten Steuern, welche Sie ankündigen, ein Gefehwerk von ungeheurer Tragweite, entziehen Sie in gewohnter Weise der öffentlichen Erörterung. An die mindestens ebenso wichtige Reform der indirekten Steuern scheinen Sie gar nicht zu denken. Die Verbrauchssteuer, die Kohlensteuer, um nur die drückendsten zu nennen, verteuern nach wie vor unsere Produktion. Die Umsatzsteuer sollte nach Ihren eigenen Versicherungen nur eine vorübergehende Belastung sein, aber jetzt wollen Sie nicht einmal mehr von einer Herabsetzung etwas wissen. Und all das inmitten einer furchtbaren Teuerung.

Was haben Sie gegen die Teuerung getan?

Sie haben einen undurchdachten Entwurf vorgelegt, der durch seine bloße Einbringung Angst und eine weitere Teuerung des Mehlpreises bewirkt hat. Sie drohen mit dem Schredgspeiß der Agrarzölle und unterstützen so alle Wucherspekulation der Spekulation, Sie rühmen sich Ihrer Sozialpolitik! Es ist wahr, Sie haben eine Sozialversicherung beschlossen, deren Wert wir trotz aller Mängel nicht verkleinern wollen, aber Sie sabotieren deren Wirksamkeit durch Verknüpfung mit der Selbstständigerversicherung, die Sie im Ernst gar nicht wollen. Seit Jahren liegt der Entwurf über die Arbeitsvermittlung im Hause, Sie verhindern seine Erledigung. Sie haben Arbeiter- und Konsumentenkammern verprochen, wo sind sie geblieben? Den tausenden Arbeitslosen kürzen Sie das bisherige Unterstützung, immer neue Kategorien schließen Sie von deren Genuß aus und während Sie sonst nie von der Mitbestimmung der Betroffenen etwas wissen wollen, wollen Sie mitten in der Wirtschaftskrise die Last der Arbeitslosenunterstützung auf die Gewerkschaften überwälzen, die sie nicht werden tragen können. Alle Koalitionsparteien haben den bedauernswerten Kriegsinvaliden ihre Unterstützung versprochen, sie haben an ihrer Demonstration teilgenommen und das Ergebnis war die Herabsetzung der Einkommensgrenze. Die Wohnungsnot lastet drückend auf dem Proletariat, aber Sie lockern den Mieterschutz, setzen die Staatsgarantie herab, welche allein eine Bautätigkeit in der gegenwärtigen Zeit ermöglichen könnte. Die Vergebung von Staatslieferungen ist durch ein Gesetz geregelt, das den primitivsten Anforderungen an ein geordnetes Lieferungsweesen Hohn spricht. Die Anwendung dieses Gesetzes wird ausschließlich von nationalistischen Beweggründen geleitet und verschärft die Arbeitslosigkeit unter den nichtschlechtlichen Arbeitern. Der trasse Fall von Brüx ist noch in frischer Erinnerung. Anstatt den Mutter- und Kinderschutz auszugestalten, droffeln Sie mit jedem Jahre die Aufwendungen für diesen wichtigen Fürsorgezweig. Und wie der Staat als Arbeitgeber schaltet, davon legen die immer und immer erneuten Klagen der Staatsangestellten und Pensionisten Zeugnis ab. Selbst jetzt, wo Sie sich der Erfüllung der wiederholten feierlichen Versprechungen nicht mehr gut entziehen können, wollen Sie, die Sie für Munition- und Explosivstoffe 200 Millionen ausgeben, Zehntausende von Staatsangestellten und Pensionisten mit einem ebensolchen Betrage abweisen und ihn durch eine neuerliche Belastung des Konsums aufbringen. Sie haben der Regierung die willkürliche Verfehrbarkeit der Staatsangestellten bewilligt, Sie verweigern den Gendarmen das Koalitionsrecht, Sie haben bedenkenlos sogar die Unverfehrbarkeit der Richter durchbrochen und halten so die Staatsbeamten unter ständigem Druck, Sie quälen Hunderte und Tausende von Staatsangestellten durch überflüssige Sprachprüfungen, hemmen sie in der Vorrückung, verdrängen sie aus den Wohnungen, versehen sie in fremdsprachige Gebiete, wo ihnen der Dienst und das Leben zur Qual wird und ihre Kinder die Schule entbehren. Und ebenso wie mit den materiellen Gütern gehen Sie mit den Kulturwerten der Bevölkerung um. Gerade, wo es für die breiten Massen am unentbehrlichsten ist, gerade

an der Volksschule haben Sie furchtbar gesündigt.

Schule auf Schule haben Sie gesperrt, Klasse auf Klasse haben Sie aufgelassen, Jahr um Jahr schränken Sie die Bildungsmöglichkeiten des Volkes rücksichtslos ein, Tausende von Kindern zwingen Sie, kilometerweit in die Schule zu laufen, und sehen ruhig zu, wie Ihre Bürokratie durch gegenwärtigen Druck auf die Eltern deutscher Kinder in Schulen mit ihnen fremder Unterrichtssprache zwingt. Und immer noch ist Ihr Chauvinismus nicht befriedigt, immer noch können Sie an, daß das, was Sie Gerechtigkeit nennen, noch nicht vollendet ist. Und all das haben Sie getan, ohne sich mit den davon Betroffenen, mit den Massen, die darunter leiden, auch nur auseinanderzusetzen, geschweige denn, wie es das Wesen der Demokratie fordern würde, mit ihnen zu verhandeln. All Ihre Staatsaktivität erschöpft sich im Diktat, statt die Regierung in Uebereinstimmung mit den Regierten zu setzen, haben Sie ein Herrschaftssystem errichtet, das auf dem gesamten Proletariat dieses Landes mit drückender Schwere lastet, die nationalen Minderheiten aber dem doppelten Druck der politischen und sozialen Reaktion und der nationalen Fremdherrschaft unterwirft. Sie haben, indem Sie dem Phantom des Nationalstaates nachjagen, den gemischtsprachigen Staat mit der tschechoslowakischen Nation identifiziert, ja

Kampf dem Absolutismus.

Eine Erklärung der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Abg. Gen. Dr. Czoch namens des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Erklärung ab:

Der Jahre Hundert hat sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit geradezu übermenschlicher Geduld auf diesem unfruchtbaren Boden abgemüht in harter, neuenergetischer Arbeit. Es war eine schwere Zeit, die hinter uns liegt. Und wenn wir sie ertragen haben, so nur, weil wir immer die Hoffnung naheten, daß unsere unermüdete Arbeit, unsere immer wiederholten Mahnrufe wenigstens bei den Besonnenen und Vernünftigeren unter Ihnen das Bewußtsein wecken würden, daß die wenigsten unserer unwillkürlichen Argumenten Rechnung tragen, daß Sie die trassisten Ausschreitungen unterlassen, wenigstens die härtesten Bedrückungen mildern werden. Aber Sie haben uns immer neue und immer schmerzlichere Enttäuschungen bereitet und gerade jetzt, da das Land unter den Feigen einer durch Ihre Politik verschärften Wirtschaftskrise leidet, haben Sie

alle Methoden der Bedrückung gesteigert.

Tausende von deutschen Staatsbediensteten aller Kategorien wollen Sie brotlos machen. Die Bodenreform wird zur gewalttätigen Nationalisierung großer Landstriche mißbraucht. Eine neue und einschneidende Drofflung des deutschen Schulwesens ist im Zuge. Die Anebnung der Presse- und der Versammlungsfreiheit ist härter als je. Immer mehr gerät der Staat, der unter sozialistischen und demokratischen Versprechungen gegründet wurde, in die Gewalt einer schrankenlos herrschenden Kapitalistenklasse, welche sich ihn ausschließlich zu ihrer Bereicherung und zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dienbar zu machen sucht. Immer unverschämter kommt auch der nationalistische Wuchsgedanke, den Sie bisher zu leugnen bemüht waren, zum Ausdruck. Dazu kommen noch die parlamentarischen Methoden, welche sich in diesem Hause als notwendige Folge einer widernatürlichen Koalition herausgebildet haben und ihren Gipfelpunkt bei der Beratung dieses Budgets finden, bei der die Selbstverherrlichung des Parlamentes einen solchen Grad von Unentwürdigkeit erreicht hat, daß

wir es mit unseren Pflichten gegen die Bevölkerung nicht vereinbaren können, das Spiel, das hier getrieben wird, mitzumachen

und Ihnen gerade durch unsere aufopfernde Arbeit die Fiktion zu ermöglichen, als ob es hier ein demokratisches Parlament gäbe, während in Wirklichkeit die Mehrheit dieses Hauses die ganze Staatsgewalt an einige wenige verantwortungslosere Diktatoren und an die Bürokratie überläßt. In Wirklichkeit wird über die Lebensfrage des Staates in keinen Konventikeln entschieden werden die umfangreichsten Vorlagen wenige Tage vor der Beschlußfassung einfach ins Haus geworfen, wird die Ammutität der Abgeordneten bedenkenlos preisgegeben, werden Interpellationen und sogar Sitzungsberichte zensuriert und mitunter Mittel angewendet, die man vergebens in einem wirklich demokratischen Parlament suchen würde. Aber wir sind nicht gewillt, Ihnen noch dabei behilflich zu sein, daß diese Tatsache hinter einen

Formelspiel von Scheinberatungen und mechanischen Abstimmungen

verbuddelt wird, für das Ihre Drahtzieher schon vorher ein auf Tag und Stunde abgezieltes Programm ausgearbeitet haben. So haben Sie es erst kürzlich wieder bei der Beratung der finanzpolitischen Vorlagen getrieben, die für unser ganzes Wirtschaftsleben von der ungeheuersten Bedeutung sind: sie wurden der Sammlung der Gesetze einverleibt, noch ehe der Öffentlichkeit recht zum Be-

mußsein gekommen war, daß sie zur Verhandlung stehen und welche Fülle von Problemen dadurch aufgeworfen wurde. Und den gleichen, mit parlamentarischen Bezeichnungen nicht mehr zu charakterisierenden Vorgang wollen Sie jetzt wiederum einhalten bei der Ausübung eines der allerwichtigsten Rechte des Parlaments, das geradezu die historische Wurzel aller Parlamentarismus ist bei der Bewilligung des Staatsvoranschlags. Das wichtigste Kontrollrecht der Volkserziehung wollen Sie zu einer bloßen Formalität machen, die niemand ernst nehmen kann und für die die Öffentlichkeit kein Interesse aufbringt und nach Ihren Wünschen auch gar nicht aufbringen soll. Wo gibt es ein Parlament in der Welt, in dem das Staatsbudget bis auf die letzte Einzelbestimmung, bis auf die letzte Piffer in geheimen Konventikeln zusammengestellt wird? Wo gibt es ein Parlament, das über den Staatshaushalt nur durch eine beschränkte Zeit reden, aber an ihm nicht die kleinste Kleinigkeit ändern, nicht das Mindeste reformieren darf? Wo gibt es ein Parlament, das darauf verzichten würde, bei der Entscheidung über die Staatswirtschaft alle Probleme dieses Staates in ihrem vollen Umfang und in ihrer ganzen Tiefe aufzurollen? Wo gibt es endlich in einem demokratischen Staate ein Parlament, in dem eine ziffermäßig stark an gewerkschaften und sachkundigen Arbeitern reiche Opposition von jeder Mitarbeit, ja von jeder Information ausgeschlossen wird? Nirgend in der Welt würde man dementselben trauen! Hier aber kennt man nur das Geheimnis und das Diktat und verlangt von uns, daß wir dem Absolutismus die konstanten Stöße entgegenstellen sollen. Sie haben freilich ein schlechtes Bewußtsein dabei, wie Ihre Nervosität und Ihre Beforgnis vor einer Obstruktion, wie Ihre Verdächtigungen und Beschimpfungen der Opposition wegen dieser angeblich geplanten Obstruktion nur allzu deutlich beweisen. Aber Sie haben am allerwenigsten das Recht, über eine Obstruktion moralisch entrüstet zu sein, nicht nur, weil Sie im alten Oesterreich von der Obstruktion geradezu politisch gelebt haben, sondern, weil Sie ja selbst auch in diesem Hause bedenkenlos aus parteipolitischen Rücksichten zur Waffe der Obstruktion greifen. So haben wir doch erst vor einigen Monaten erlebt, daß in diesem Hause, wo alle parlamentarischen Begriffe verzerrt werden, nicht die Minderheit, sondern die Koalitionsparteien Obstruktion treiben. Auf der einen Seite die Partei des Ministerpräsidenten, welche die Umänderung einer schweren Wirtschaftskrise durch den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich macht, auf der anderen Seite die Nationalsozialisten, welche wegen Richtzweckung eines belanglosen Referats die parlamentarische Maschinerie stilllegen. Dann wieder die Nationaldemokraten, die den Abschluß des russisch-tschschischen Handelsvertrages seit Jahr und Tag verweigern. Da ist es freilich niemandem von Ihnen eingefallen, Ihre Koalitionspartner der Staatsfeindschaft und der Verantwortungslosigkeit zu zeihen. Uns aber veruchen Sie schon wegen der letzten Oppositionsregierung als Staatsverräter zu brandmarken und können es nicht verhindern, wenn wir einen Akt setzen, der vor der gesamten Öffentlichkeit, vor der durch Ihre Methoden abgestumpften Bevölkerung des Inlandes, aber auch vor dem Auslande offenkundig machen soll, wie hier regiert wird. Denn was Sie hier in diesem Hause tun, ist nur ein kleiner Ausschnitt. Das Unrecht, das Sie hier an der Opposition begehen, ist nur das parlamentarische Spiegelbild des viel größeren Unrechtes, der viel schmerzlicheren Unterdrückung, die Sie der ganzen Bevölkerung, vor allem aber der Arbeiterklasse und den nationalen Minderheiten widerfahren lassen. Und die Methoden, die Sie hier in diesem Hause anwenden, sind in all ihrer Brutalität nur ein getreue Kopie der Methoden, unter denen die Millionen von Menschen zu leiden haben, die nicht der Machtklasse der herrschenden Nation angehören.

Sie haben den Staat auf die Koalition und die Koalition auf die Petta reduziert.

Dem ist es zuzuschreiben, daß alles Vertrauen zur staatslichen Verwaltung geschwunden ist, eine tiefe Erbitterung die weitesten Kreise der Bevölkerung erfaßt hat, auch jene Kreise, die in Ihrem eigenen Lager stehen. Denn alle Ihre proklamirten Kundgebungen über die Festigkeit Ihres Systems können niemanden darüber täuschen, daß es im Innersten zerrütet ist und daß die periodischen Krisen nur der Ausdruck dafür sind, daß Sie selbst auf Ihrem Wege nicht weiter können.

Mit brennendem Schmerz und immer tieferer Enttäuschung müssen wir mitansehen müssen, daß auch sozialistische Parteien in die unglückselige Staatspolitik verstrickt sind, welches durch einen recht bezeichnenden Zwischenfall aus jüngster Zeit geradezu drastisch charakterisiert ist. Als nämlich die nationaldemokratischen Abgeordneten offen verlangten, daß vor den sozialen und wirtschaftlichen Erwägungen das nationale Moment entscheidend zu sein hat, da rief ihnen Herr Minister Hodža, der als gemäßigter Vertreter Ihres Systems gilt, leidenschaftlich zu: „Sie können sich in nationaler Beziehung auf den Minister Hodža verlassen.“ Wir verstehen die inhaltsschwere Bedeutung eines solchen Ausspruchs und sehen das neue Unrecht voraus, das dieser Ankündigung folgen wird.

Es läge nahe, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen. Der moralischen Rechtfertigung würden wir wahrlich nicht entbehren, wenn wir den Versuch unternehmen, die rechtzeitige Verabschiedung des Staatsvoranschlags zu verhindern, aber Sie hätten dann nur einen billigen Vorwand, den Staatsangestellten und Pensionisten auch noch den Rest zu verweigern, den Sie ihnen hinzuwerfen sich endlich entschlossen haben. Darum wählen wir einen andern Weg. Wir lassen Sie bei der Beratung und Abstimmung über das Budget, wie wir es bereits im Ausschusse getan haben, allein, um so aufzuzeigen, daß Sie nicht parlamentarisch und auch nicht demokratisch regieren. Auch andere Teile der Opposition werden unserm Beispiele folgen und wir werden Sie zwingen, unter sich zu bleiben, allein die in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Formalitäten zu erfüllen und so mit aller Deutlichkeit beweisen, daß sie unter Ihren Händen zu inhaltslosen Formalitäten geworden sind. Wir haben es schon im Budgetausschusse gesehen, daß Sie in Abwesenheit der Oppositionsparteien nichts anderes vermögen, als Ihre feindselige Gehässigkeit gegeneinander auszuspielen, anstatt sich mit dem großen Problem des Finanzwesens und der gesamten Staatsverwaltung zu beschäftigen.

Die Abstimmungsmaschine, die wir in diesem Hause zurücklassen, wird niemand als Vollvertretung betrachten können.

Es ist ein Auffreier, der in die Welt hinausbrennen wird und seien Sie überzeugt, daß er Widerhall findet. Die arbeitenden Massen drängen werden uns verstehen, sie werden unsere Forderung nach einer Aenderung der parlamentarischen Methoden zu der ihrigen machen, weil sie wissen, daß diese Aenderung eine unerlässliche Voraussetzung ist für die Aenderung der Regierungsmethoden in diesem Staate überhaupt. Und wenn diese Forderung getragen ist von dem Willen breiter Massen, wenn dieser Wille die Massen anfeuert und belebt, dann werden Sie sich davon sind wir fest überzeugt, der Wucht unserer Argumente und der Gerechtigkeit unserer Forderungen auf die Dauer nicht entziehen können.

Denn über alle Enttäuschungen, die wir bisher erlitten haben, erhebt uns das Bewußtsein, daß die geschichtliche Entwicklung stärker ist als das künstliche und widernatürliche Herrschaftssystem, das Sie hier ausgerichtet haben, denn wir wissen, daß die Krisen, von denen dieses System immer wieder erschüttert wird, ihren letzten Grund in den Klassengegensätzen haben, die unter dem Schein einer nationalen Zusammenarbeit immer schwerer zu verbergen sein werden. Und wir zweifeln nicht daran, daß auch in dem Teile des Proletariats, der heute noch im Banne des allnationalen Koalitionsgedankens steht, das Klassenbewußtsein erwachen wird und daß der Drang zur Vereinigung aller proletarischen Kräfte über die nationalen Grenzen hinaus wachsen und ein System stürzen wird, das unter dem Trugbild der nationalen Arbeitsgemeinschaft doch nur ein System der Unterdrückung ist. Und darum machen uns auch die Machtmittel dieses Herrschaftssystems nicht bange, darum läßt uns auch die Begrenztheit der Machtmittel, die uns heute zur Verfügung stehen, nicht nutzlos. Was wir heute tun, ist nur ein Versuch, das System des Absolutismus durch Bloßstellung vor der Öffentlichkeit unmöglich zu machen. Wir können schon heute sagen, daß dieser Versuch gelungen ist. Ihr System bloßzustellen und vor aller Welt in seiner Kadtheit aufzuzeigen, darauf kam es uns heute vor allem an und das haben wir auch erreicht.

Inland.

Wer ist schuld an der Verschleppung der Altpensionistenfrage? Wie der „Cesty uetel“ zu berichten weiß, soll die endgültige Lösung der Altpensionistenfrage auf das Konto der tschechischen Klerikale hin verschoben worden sein, die nicht zulassen, daß diese Frage aus dem Komplex der von der Koalition vereinbarten Gesetzesanträge herausgenommen und gesondert geregelt werde. Die Pensionisten können verhungern, wenn die Koalition nur gedenkt!

Gegen die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes erheben sich im Lager der tschechischen Hausbesitzer bereits mehrere Stimmen. In der letzten Unter-Ausschussung des Beratungsrates für Wirtschaftsfragen sprechen der Agrarier Horáček und der Volksparteiler Samalík gegen die Verlängerung vor allem auf dem Lande. Die Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge sprachen sich gegen die Hausherrenwünsche aus.

Das Altpensionistengesetz. Wie der „Benkov“ berichtet, wurde der diesbezügliche Antrag vom Vorstand der Pensionabteilung des Finanzministeriums bereits vorgelegt. Es ist allerdings noch nicht entschieden, ob die Neuregelung gemeinsam mit dem Gesetze über die Zivil-Altpensionisten durchgeführt werden wird, oder ob zwei separate Gesetze ausgearbeitet werden.

Telegramme.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Ein Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften zu einer Unterredung eingeladen, um Mittel und Wege zu finden, im Streik der Angestellten der Hoch- und Untergumbahnen die streikenden Parteien zusammenzubringen. Es handelt sich nicht um eine Vermittlungsaktion, sondern um eine Anbahnung dazu. Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Nun dauert die Stilllegung der Hochbahn schon den achten Tag, ohne daß irgend ein Schritt unternommen worden wäre, der der gesamten Bevölkerung Erlösung brächte. Es ist schlimm um unsere Gemeindebehörden bestellt, daß ein derartiger Streik so lange dauern kann, ohne daß sie den Mut zur Initiative aufbringen.

Deutschland und der Völkerbund.

Baldwin für den schnellen Eintritt.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes weist gegenwärtig in London, wo er mit den maßgebenden Persönlichkeiten unter anderm auch über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhandelt hat. Der englische Ministerpräsident soll in diesen Unterredungen darauf verwiesen haben, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund so bald als möglich erfolgen soll unter Bedingungen, die seiner Würde entsprechen. Nach Möglichkeit soll ein deutscher Antrag mit größter Beschleunigung erledigt werden.

Die Bremer Bürgerchaft aufgelöst.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) In der Bremer Bürgerchaft erklärten heute die Demokraten, daß sie sich an den Versuchen zur Staatsbildung zusammen mit den Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei nicht mehr beteiligen, sondern dem sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung der Bürgerchaft zustimmen würden. Darüber herrschte bei den Rechtsparteien lebhaftest Entrüstung. Es setzte eine stundenlange Debatte ein; schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag mit großer Mehrheit angenommen und die Bürgerchaft aufgelöst.

Eine Bestechungsaffäre im Berliner Polizeipräsidium.

Der Leiter des Fremdenamtes verhaftet.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) Vor einigen Tagen ist der Leiter des Fremdenamtes im Berliner Polizeipräsidium, Regierungsrat Bartels, verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich im Verkehr mit russischen Emigranten Bestechungen schuldig gemacht zu haben. Bartels hat sich bisher bei seinen politischen Äußerungen in extrem völkischen Sinne betätigt. Er war schon unter dem kaiserlichen Regime in Wien und gehört also zu den sogenannten „altbewährten“ Beamten.

Caillaux rehabilitiert.

Paris, 18. November. Der Senat, der in seiner Funktion als oberster Gerichtshof im Jahre 1918 Malvy zu fünf Jahren Verbannung und im Jahre 1920 zu zehn Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilte, sprach sich heute mit 176 gegen 104 Stimmen für die Amnestie aus, die sich auch auf die beiden erwähnten Fälle bezieht. Die Regierungsmehrheit erzielte somit einen bedeutenden Erfolg und das Vorkriegsregime die Erfüllung eines weiteren Punktes ihres Wahlprogrammes vom 11. Mai.

Der gewesene Minister Malvy wurde bekanntlich am 11. Mai auf dem Programm der Linken (die über ihn verhängte Strafe war zu dieser Zeit bereits verbüßt) zum Deputierten gewählt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der ehemalige Ministerpräsident Caillaux, der heute 61 Jahre alt ist, wiederum einen bedeutenden Platz im politischen Leben einnehmen wird. Seine Anhänger bemühen sich, ihm ein Abgeordnetenmandat zu sichern.

Opposition gegen den Faschismus.

Rom, 18. November. (Savas.) Die Blätter berichten, daß eine neue politische Partei der nationalen Einheit gebildet wurde, welche bewehrt, die verschiedenen Schattierungen der demokratischen Elemente zu vereinen. Das Manifest erklärt offen die Opposition gegenüber dem Faschismus. Unter den ersten, welche sich zur neuen Partei gemeldet haben, befinden sich Amendola, Storza, Ferro und Bonomi.

Die Militärbestien von Biribi.

Zu unserer Veröffentlichung in der Roman-Rubrik.

„Die Militärbestien von Biribi“, so lautet der Titel einer aktuellen Arbeit, mit deren Veröffentlichung wir morgen beginnen und die wir in die Reihe unserer Feuilleton-Romane und Erzählungen einfügen. Es handelt sich um eine Bearbeitung des aufsehenerregenden Buches von Albert Londres: „Dante navairien vu“ (Dante hat nichts gesehen).

Der französische bürgerliche Journalist Londres ist der Welt bekannt geworden durch seine wahrheitsgemäßen, schauererregenden Studien über die Sträflingskolonie in Französisch-Guyana, auf der die zur Zwangsarbeit verurteilten französischen Gefangenen mit einem Leben von unergiebiger Pein für ihre Verbrechen büßen müssen. Zu dieser Sträflingskolonie gehört auch die berühmte Teufelsinsel, die seit der Dreifüß-Affäre in der Welt einen sehr wenig rühmlichen Namen erlangt hat. Im vergangenen Jahre hat Londres seine Studien in den Gefangenenlagern von Guyana in einer Pariser Zeitung veröffentlicht und die Folge davon war, daß eine parlamentarische Kommission eingesetzt wurde, die sich mit dem ganzen Komplex der Reform des französischen Strafvollzuges befaßt.

Doch damit begnügte sich Albert Londres nicht. Vom französischen Kriegsminister erwarb er sich die Erlaubnis, die militärische Strafkolonie in Afrika besuchen zu dürfen. Die Studien, die er dort machte, überrufen noch an Schauerlichkeit die Studien Londres über die Sträflingskolonien in Französisch-Guyana. Im schlimmsten Sodomus, der an die schwärzesten Tage kirchlicher Inquisition des Mittelalters erinnert, werden die Militärsträflinge wegen geringster Subordinations-Vergehen von dem aufsichtsführenden Unteroffizieren und Offizieren zu Tode gequält.

Ein großer Teil der Sträflinge stammt aus der Fremdenlegion, in die ja leider immer noch viele Deutsche aus jugendlichem Leichtsinne und Ahnungslosigkeit eintreten (nach der letzten französischen Statistik befinden sich in der Fremdenlegion etwa 52 Prozent Deutsche). Kranke Menschen, vom Fieber geschüttelt, werden ohne Wasser und Nahrung auf Tage, manchmal sogar auf Wochen, in Zellen gesperrt, die dem erbarmungslosen Sonnenbrand ausgesetzt sind. Man schlägt die Unschuldlichen im Eisen, und bestreicht ihr Gesicht mit Jucker, um die Mücken anzulocken. Disziplinarisch bestrafte Soldaten werden unter Androhung der Todesstrafe gezwungen, ihre Extremitäten zu verzehren. Einige werden stundenlang an einem Strick aufgehängt.

Der langsame Nord bildet das tägliche Vergnügen der entmenschten Wärter.

Die Zustände in den Militärgefängnissen Nordafrikas, in El-Bordj und in Sidi Mousah, spotten jeder Beschreibung. Dort hat Londres Gefangene angetroffen, denen die Finger fehlten, deren sie sich selbst beraubt hatten. Die Gefangenen hatten sich zu dieser Selbstverstümmelung entschlossen, um den Qualen der Zwangsarbeit zu entgehen und in ihre Zellen zurückgeschickt zu werden. Die Behandlung der Verurteilten steht im krassen Widerspruch zu den amtlichen Vorschriften, die von der französischen Regierung über den Strafvollzug in den militärischen Strafkolonien erlassen worden sind. Diese Vorschriften werden, wie Londres nachweist, überhaupt nicht beachtet. Auf Grund der aufsehenerregenden Enthüllungen hat das französische Kriegministerium eine Untersuchung angeordnet.

Der sensationelle Erfolg des Buches Albert Londres' über die Strafkolonien in Französisch-Guyana liegt aber darin, daß Ministerpräsident Herriot die Aufhebung der Zwangsarbeitsanstalten in den Kolonien beschloss. Alle Sträflinge werden aus Guyana nach Frankreich überführt und in den Zentralgefängnissen untergebracht werden. Ihre Zahl beträgt annähernd 3000.

Die weitere Arbeit Albert Londres' aber, die wir ab morgen in der Bearbeitung von Auguste Pottemer veröffentlichen, zeigt uns, daß Militarismus eben Militarismus bleibt. Die Soldaten-Mißhandlungen im deutschen Heer, gegen die als erster August Bebel und die Sozialdemokratische Partei gekämpft haben, entsprangen um großen Teil, wie wir uns noch aus zahllosen Soldaten-Mißhandlungsfällen erinnern, den gleichen Motiven, die auch die Militär-Bestien in Biribi zu ihren schrecklichen Handlungen veranlaßt. Diese schauererregenden Studien Albert Londres', aus denen wir morgen den ersten Auszug bringen, mögen uns immer wieder veranlassen, den Militarismus in jeglicher Gestalt mit aller Energie zu bekämpfen.

Tages-Neuigkeiten.

Der internationale Nationalismus.

Ein deutscher demokratischer Dichter an die deutsche Jugend.

Thomas Mann, einer der Besten und Größten unter den zeitgenössischen Dichtern Deutschlands, ein Sohn des Bürgertums wohl, aber ein wahrer Demokrat und ein echter Republikaner, hat in einem Gespräch über die bevorstehenden Reichstagswahlen sein Bekenntnis zur Demokratie und gegen den Nationalismus abgelegt. Am Schlusse wendet er sich in besonderer an die deutsche Jugend. Aus dem Munde des bürgerlichen Demokraten und bedeutenden Schriftstellers stammend, verdient gerade das, was Thomas Mann über die Jugend Deutschlands sagt, Beachtung und Wertschätzung. Er sagt:

„Tiefen Schmerz empfinde ich beim Ausblick weiter Kreise der deutschen Jugend. Daß diese jungen Leute sich auf so falsche, für sie und das Vaterland so verderbliche Wege leiten lassen, ist um so mehr zu bedauern, als es biologisch sehr wertvolle Elemente sind, die den Problemen unserer nationalen Politik so verbliendet gegenüberstehen. Dieser Jugend muß gesagt werden: Ihr spielt mit verkehrten historischen Parallelen! Ihr wollt das Jahr 1806 wieder aufziehen mit der Romantik seiner geheimen Rüstungen. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht. Und mit eurem Tun arbeitet ihr nur dem auswärtigen Nationalismus in die Hände. Jede nationalistische Stimme in Deutschland ist eine Stimme für Voincaré. Es gibt keinen gefährlicheren Feind für die deutsche Politik als den internationalen Nationalismus. Diese internationale ist für uns Deutsche viel verderblicher als der mit so viel Geschrei getadelte Internationalismus der Sozialdemokratie. Der internationale Nationalismus kann nur zu einem immer wieder erneuten, ewigen Weltkrieg führen, und somit zum Untergang aller Völker. Darum lasse sich die deutsche Jugend gesagt sein, daß Ablehnen vom Nationalismus dem Gedeihen des deutschen Vaterlandes dient und daß der Weg zu diesem Gedeihen die deutsche Demokratie ist.“

Thomas Mann bleibt Bürger der Gesellschaft von heute auch dort, wo er Zeugnis ablegt von seinem hohen und aufrechten Denken über das Leben der Nationen untereinander und über die Wege, die die eigene Nation gehen muß, wenn sie gedeihen soll. Welche Lust aber zwischen den Tausenden, die in den Niederungen des Nationalismus und Monarchismus „denken und dichten“ und diesem Thomas Mann, der neben Gerhart Hauptmann und sonst noch wenigen von heute allein würdig ist, sich Nachfolge Geistes und Schillers, Rants und Wagners zu nennen.

Höhlemenschen im Schnee. An der Peripherie von Groß-Prag leben heute trotz Kultur und Zivilisation Menschen in Höhlen von Kalk- und Steinbrüchen. Sie haufen dort wie wilde Tiere, sind gewissermaßen zurückgefallen auf die Stufe des Urmenschen. So lange die Sonne genügend Kraft besch, um die Erde zu erwärmen, mag das Wohnen dieser Proleten noch halbwegs erträglich gewesen sein. Ihre auch zu wenig beneidenswerte Lage gestaltete sich jedoch katastrophal, als allmählich der Herbstnebel in ihre Wohnhöhlen einzubringen und das Gestein durch die Einwirkungen des Wetters feucht zu werden begann. — In dem wohnstürzigen Beratungsloale im Prager Rathaus erhoben sich um diese Zeit wohl Stimmen des Protestes gegen die Duldung solcher menschenunwürdiger Zustände. Als das Echo dieser Proteste in der Presse verhallt — blieb alles wieder beim Alten. Der erste Schnee fällt langsam vom wolkensternen Himmel herab. Noch sind es nur wenige Flocken, die auf der Erde liegen bleiben. Doch über Nacht kann eine dicke Schneehülle die Fluren bedecken. Ueber die Festschneehänge wird sich ein weißes Beschneehäut breiten. Manche Festschneehänge werden da vielleicht zur Grabkammer werden. Und während Proletarier in diesen Höhlen vor Kälte, Krankheit und Elend zugrunde gehen, überströmt in Villen und Palästen das Leben der anderen von Wohlbehagen, Fröhlichkeit und Ueberfluß. Eine herrliche Welt!

Ein kommunistischer Bezirkssekretär als Dieb. Vor einigen Tagen wurde ein raffinierter Gelddiebstahl in Klinghart bei Wildstein ausgeführt. Dort wurde nämlich der Gastwirtin Frau ein Koffer mit 7000 K gestohlen. Außerhalb des Ortes warfen die Diebe den Koffer weg, nachdem sie ihn vorher seines Inhaltes beraubt hatten. Binnen kurzer Zeit ist es gelungen, die Täter auszuforschen und dem Bezirksgericht in Wildstein einzuliefern. Es handelt sich um einen gewissen Alois Peter und um den Bezirkskassier der komm. Partei in Wildstein, Johann Markgraf. Beide haben die Tat bereits eingestanden. Einen Teil des Geldes fanden die hausuchenden Gendarmen in einem Holzstoß am Hofe vor der Wohnung des Markgraf. Wie verlautet, sollen auch noch andere kommunistische Parteifunktionäre in die Angelegenheit verwickelt sein. An der Sache ist interessant, daß die Ehefrau des Peter, die mit der bestohlenen Wirtin verwandt ist, bei der Gendarmerie selbst die Anzeige erstattete, weil ihr auffiel, daß ihr Mann über große Geldbeträge verfügte.

Der Nationalökonom im gelben „Tag“. Im Hauptorgan der deutschen nationalsozialistischen Partei unternimmt Herr Ulrich aus Anlass eines Ausfluges in das Gebiet der Volkswirtschaftslehre. So nebenbei weist Herr Ulrich die Unrichtigkeit und Verfehrtheit der Marx'schen Lehre nach und ruft bei einer Gegenüberstellung derselben mit Ausführungen Brentanos pathetisch: „Welcher der beiden Auffassungen u. a. der höhere sittliche Wert zugemessen ist, kann ruhig der Beurteilung jedes Einzelnen überlassen bleiben.“ Herr Ulrich entdeckt, daß so ziemlich alles Geschehen im Erzeugungsprozesse zugleich ein Geschehen des Verbrauchers ist und demnach im allgemeinen jeder Mensch Erzeuger und zugleich Verbraucher ist. Es läme nur darauf an, zu untersuchen, was und wie erzeugt wird und was Herr Ulrich als Erzeugung ansieht. Wenn im allgemeinen jeder Mensch Erzeuger ist, dann muß auch im allgemeinen jeder Mensch ein Arbeiter sein. Zu diesem Ergebnis müssen die pedantischen Bodsprünge des Herrn Ulrich unweigerlich führen. Alle Schieber, alle jüdischen und nicht jüdischen Bankiers, alle Erzeuger, alle Arbeiter vorzustellen, das bringt wirklich nur ein nationalsozialistischer „Nationalökonom“ zuwege. Im allgemeinen ist jeder Mensch Erzeuger, oftmals Herr Ulrich, also auch die Hausierer, die Anzahl von kleineren und größeren Kaufleuten, alle Lebensmittel- und sonstigen Händler, Gastwirte, Brauereiverwalter etc. Unseren Respekt vor solchen tiefen volkswirtschaftlichen Kenntnissen. Nun noch der Hinweis auf Marx, der nach Ulrich Arbeit und Arbeitskraft zu einem Begriffe vermischt, indem er lehrt: „Der Arbeitnehmer verkauft oder vermietet dem Arbeitgeber sich selbst, also den ganzen Menschen.“ An welcher Stelle in den Werken Marx's dieser Satz steht, gibt Herr Ulrich leider nicht an, obwohl er wissen muß, daß es zu den guten Sitten eines Politikers gehört, zitierte Stellen wirklich anzuführen und die Seite und Auflage des Werkes anzugeben, in welchem die zitierte Stelle sich befindet. Solange Herr Ulrich diese Angaben unterläßt, haben wir keinen Grund zu weiteren Auseinandersetzungen. Richtig ist, was Herr Ulrich nicht zu wissen scheint, daß die Arbeitskraft untrennbar mit dem Menschen selbst verbunden ist und wenn der Arbeiter diese seine Kraft verkauft, muß er auch den ganzen Körper mit an die Maschine stellen. Darf denn der Arbeiter die Fabrik, das Bergwerk, den Bau, vor Arbeitsbeginn verlassen? Mit nichten! Es heißt aushalten und so kann der Arbeiter eben nicht mehr frei über seinen Körper verfügen, er ist während einer Anzahl Stunden wirklich zum Arbeitsmaterial geworden. Wenn sich das Verhältnis gegenüber der faktischen Sklaverei geändert habe, so ist dies vor allem der Organisationsarbeit zu verdanken. Weiter mit Herrn Ulrich zu polemisieren, ist überflüssig, denn über Volkswirtschaftslehre kann man sich in einem Meinungsstreit mit einem Menschen einlassen, der wenigstens die primitivsten Kenntnisse von dieser Wissenschaft besitzt.

Verurteilungen in der Bezirkskrankenkasse Duz. Samstag mittertags wurde der Krankenassenbeamte Schönplugg aus Offegg in den Amtsräumen der Duzer Bezirkskrankenkasse verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Schönplugg hat durch betrügerische Handlungen die Kasse finanziell geschädigt. Durch die eingeleiteten Erhebungen ist erst der der Kasse zugefügte Schaden festgestellt worden. Wie hoch die verurteilten Beiträge sind, läßt sich augenblicklich noch nicht sagen. Mit Hilfe einiger Komplizen hat Schönplugg seine Betrügereien vorgenommen. Schönplugg wurde von der in den Händen der Hakenkreuzler befindlichen Kassenverwaltung in der Kasse als Beamter während des Krieges eingestellt. Der Bruder des Schönplugg verübte vor ungefähr zweieinhalb Jahren mit dem Krankenassenbeamten Kaufmann aus der Duzer Bezirkskrankenkasse in der Teplitzer Bezirkskrankenkasse ebenfalls Betrügereien. Kaufmann und die Brüder Schönplugg sind bekannte Hakenkreuzler. Die Hakenkreuzlerische Krankenassenverwaltung kann an ihren Mustern Freude haben. Der „Tag“, das Hauptorgan der Hakenkreuzler, hat nun wieder einmal Gelegenheit, die Gaunereien eines böllischen Beamten zu besprechen. Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit durch den „Tag“, wie die Verurteilungen vor sich gingen und wie groß der Schaden ist, den die Kasse erleidet.

Rechnung der Aktien von Altien. Vor einigen Tagen ersuchte bei einer Prager Großbank ein eleganter Mann, der sich als ungarischer Arzt vorstellte, um Lombardierung einer größeren Anzahl von Aktien der böhmischen Zuckerindustrie-Gesellschaft im Gesamtwert von 140.000 K und erhielt diesen Betrag auch ausbezahlt. Erst am Samstag (Freitag), als die Bank die Aktien liefern wollte, wurde erkannt, daß die Aktien raffiniert hergestellte Fälschate seien. Bei den Nachforschungen wurde festgestellt, daß alle von dem Unbekannten gemachten Angaben falsch seien und daß der Unbekannte auf gleiche Weise auch eine andere Bank um einen großen Betrag geschädigt habe. Da der Unbekannte fliehend ungarisch gesprochen hat, nimmt man an, daß er Ungar ist. Vor dem Betrüger fehlt jede Spur, es ist ihm wahrscheinlich gelungen, über die Grenze zu kommen. Es dürfte sich um eine ganze Fälscherbande handeln, da ein Mann allein wohl nicht imstande gewesen wäre, die Fälschate herzustellen. In dieser Affäre wird weiter gemeldet: Zwei Ausländer lombardierten 600 bis 700 Stück Aktien der böhmischen Zuckerindustrie-Gesellschaft bei einer Prager Großbank. Dem Kassier schienen die vollständig neuen Aktien verdächtig und deshalb vertrieb er beide Ausländer auf den nächsten Tag. Er verglich dann die überreichten Aktien mit jenen, die er im Depot hatte. Zufällig kam ihm ihm eine deponierte Aktie mit der gleichen Nummer in die Hand, die eine der überreichten Aktien trug. Es wurde festgestellt, daß alle zum Lombard überreichten Aktien

gefälscht waren. Am nächsten Tage kam einer der Betrüger in die Bank, um das Geschäft abzuschließen. Er wurde sofort verhaftet. Die Namen der Betrüger sind bisher nicht bekannt, es wird aber erklärt, daß der gefälschte Betrüger mit dem ehemaligen Grafen Szeghenyi identisch ist. Wie „Ost“ mitteilt, wurde bisher ein Schaden durch die Fälschung in der Mindesthöhe von 480.000 K festgestellt. Die Prager Polizei, die einen der Täter bereits festgestellt hat, sucht mit Hilfe der Wiener und Budapest-Polizei nach dessen Komplizen.

Großer Brand im Reichenberger Bahnhof. Von der Staatsbahndirektion in Königgrätz wird amtlich mitgeteilt: Am 16. ds. um 13 Uhr 35 Minuten brach im Magazin des Verkehrsamtes in Reichenberg aus unbekanntem Ursachen Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Das Magazin war mit Ware überfüllt. Den vereinten Anstrengungen von fünf Feuerwehren und der aufopferungsvollen Mithilfe der Eisenbahnangestellten gelang es, den Brand um 16 Uhr zu lokalisieren und um 19 Uhr zu bewältigen. Ein Teil der Ware konnte gerettet werden. Bei den Rettungsarbeiten erlitten acht Bahnangestellte leichtere Verletzungen. Die Höhe des Schadens ließ sich bis jetzt noch nicht genau feststellen, wird aber auf ein bis zwei Millionen Kronen geschätzt. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Ein Niesenmenschen-schmuggelprozeß vor dem Großen Schöffengerichte in Glezowik. Beginn der bisher in Oberschlesien größte Menschen-schmuggelprozeß. Es sind 32 Personen angeklagt, darunter acht Kriminal- und Schulpolizeibeamte. Man rechnet mit einer mehrwöchentlichen Dauer des Prozesses.

Ehrungen Jaurès und Anatole France's. Der Pariser Stadtrat beschloß, unverzüglich bei der Regierung um die Erlaubnis einzuschreiten, daß die sterblichen Überreste Jaurès in das Pantheon überführt und im Rathhaus vom Pariser Stadtrate feierlich begrüßt werden. Der Stadtrat nahm weiters den Antrag an, daß einige der Hauptstraßen oder öffentlichen Plätze nach Anatole France benannt werden sollen.

Niesenüberquerung in Italien. In der italienischen Provinz Lecce sind infolge von wiegenschüssen und Ueberstimmungen große Schäden angerichtet worden. Die Marinebehörde hat Truppen und Gerätschaften für die Rettungsarbeiten entsandt.

Zu dem Erdbeben in Monsojbo wird gemeldet, daß die Zahl der Toten in allen betroffenen Ortschaften bisher mit 447 festgestellt wurde. Noch immer steigen aus der See schwefelhaltige Gase auf. Der Erdboden ist noch fortwährend in Bewegung. Genietruppen wurden entsandt, um Fabrikstraßen zu den durch das Erdbeben abgeschnittenen Gegenden zu schaffen.

Von einer Mine in die Luft gesprengt. Wie die Berliner Blätter berichten wurde das estländische Kanonenboot „Reene“, welches ein großes Minenfeld abschleppte, von einer Mine in die Luft gesprengt. Zwei Mann der Besatzung sind umgekommen.

Tod eines Achtzigjährigen auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Wir lesen in unserm Grazer Bruderblatt: Durch nahezu 70 Jahre galt das Leben des Hilfsarbeiters Valentin Prammer der Arbeit, nur der Arbeit: Seit Jahrzehnten war er in der Brückenbauanstalt beschäftigt. Schwere Arbeit konnte er seit einigen Jahren wohl nicht mehr verrichten. Aber obwohl die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten den Kampf um eine Altersversicherung führt, konnte sie bisher noch immer nicht erreicht werden. Die christlichsoziale Regierung hat wohl Milliarden für durch Frankenspekulation zusammengebrochene Banken, aber für alte Arbeiter hat die Regierung Beispiel noch immer nichts. Da gibt es Tausende von Ausruhen. Und so muß der Arbeiter arbeiten, bis er bei der Arbeit zusammenbricht oder das Opfer eines Unfalles auf dem Schlachtfeld der Arbeit wird. Und so war es auch beim alten Prammer im Brückenbau. Er genoss eigentlich Nachsicht. Er durfte bis an sein Lebensende arbeiten, während sonst Unternehmer ihre alten Arbeiter „abbauen“, das heißt beim Arbeiter, auf die Straße werfen und dem Hunger preisgeben. Aber der alte Prammer durfte noch im Hofe herumstrafeln. Das tat er auch gestern vormittags. Dabei kam er aber zu einem Unfall, wobei er den Tod fand. Es war ungefähr 8 Uhr früh, als auf einem Rollwagen ein Wasserleitungsrohr mit großem Kaliber in der Form eines Wasserhahnes für das Turbinenhaus in den Teigtischwerten im Hofe der Brückenbauanstalt an ihm vorbeigefahren ist. In diesem Moment geschah der Unfall. Das Rad des Rollwagens brach und das große, schwere Wasserleitungsrohr fiel vom Rollwagen und erschlug den alten Prammer. Bevor das Rettungsgewand zur Stelle sein konnte, hatte der Verunglückte ausgeatmet.

Auf einer belebten Verkehrsstraße überfallen. Montag abends wurde mitten in der belebten inneren Stadt an der Ecke der Kronen- und der Markgrafenstraße in Berlin ein Juwelenhändler von drei Angekranken überfallen. In der Notwehr zog der Juweller seinen Revolver und löste einen Angreifer und verletzte den zweiten. Der dritte konnte verhaftet werden.

Ein Grubenhändchen. Eine amerikanische Zeitung meldet: Auf der Farm von George S. Freby bei Canonsburg wurde eine goldene Uhr, die Freby vor vierzehn Jahren verloren hatte, in eine Niesenkartoffel eingewachsen wiedergefunden.

Wetterüberblick vom 18. November. Das winterliche und trübe Wetter hält an. Am Montag fiel in Böhmen mehr Schnee als im Osten der Republik. Niederschläge von merkbarer Menge werden nur aus dem Böhmerwalde und dem Riesengebirge gemeldet. Der Frost in der Nacht auf Dienstag hat sich etwas verschärft. Die Bewölkung bleibt unter dem Einfluß der südlichen Störung erheblich. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Ohne erhebliche Veränderung.

Von der Klassenlotterie.

Im Hofe des Staatslotterieggebäudes in der Kozulice in Prag I. befindet sich links ein kleiner Saal, in dem im Laufe der nächsten Wochen der Zufall viele Menschen „glücklich“ machen wird, nämlich einige wenige von jenen Zehntausenden, die ihre oft sehr schwer erarbeiteten Kronen in Aktien und Wertpapieren von Klassenlotterien anlegen. In dem bezeichneten Saal wurden die Gewinne der Klassenlotterie ausgelost. Dieser Tage begann die Ziehung der fünften und letzten Klasse der ersten Klassenlotterie, am 17. Dezember d. J. werden die letzten Gewinne gezogen werden. Da bei der fünften Klasse der jeweiligen Lotterie insgesamt 92.400 Gewinne zur Verlosung gelangen, auf die ein Gewinnanteil von 90.592.800 K entfällt, so ist natürlich das Interesse der „Spieler“ während der Ziehungstage dieser Klasse am gesteigerten, zumal sechs Prämien im Betrage von 20., 40., 60., 80., 100. und 700-Tausend, außerdem noch, und zwar diesmal am 22., 26., 29. November und am 3., 6. und 17. Dezember auf gewinnende Lose entfallen.

Bei den öffentlichen Ziehungen ist der Zuschauerraum daher jetzt immer voll besetzt. Das bei der Klassenlotterie in diesem Staate angewendete Verlosungssystem bringt es mit sich, daß das Interesse der Anwesenden besonders auf zwei oder drei Sekunden konzentriert wird. Es sind dies die Augenblicke, in denen die Grundzahlen gezogen werden. Hat nun ein Zuschauer Lose, die andere Grundzahlen haben, als die soeben gezogenen, so erlahmt augenblicklich sein Interesse und mocht in den meisten Fällen einer Enttäuschung oder einem gewissen Neidgefühl Platz.

Die Verlosung ist in kürzester Zeit vorüber. Das System ist ja möglichst vereinfacht. Auf einem Tisch stehen drei Urnen. In der ersten Urne befinden sich die Grundzahlen 00 bis 99, in der zweiten Zettel mit Zahlen von 000 bis 1999 und in der dritten die 150 auf jede Grundzahl entfallenden größeren Gewinne. Insgesamt entfallen auf eine Grundzahl 2000 Gewinne.

Die Ziehung geht so vor sich: Zuerst wird aus der ersten Urne eine Grundzahl gezogen, z. B. 24. Alle Lose, die am Ende ihrer Nummer die Zahl 24 haben, das sind 2000 Lose, gewinnen demnach. Jetzt wird aus der zweiten Urne eine Zahl und aus der dritten der größere Gewinn gezogen. Wurde z. B. die Zahl 1989 und die Gewinnmarke auf 80.000 K gezogen, so gewinnt das Los Nr. 198.924 den Betrag von 80.000 K. Sind die 150 auf jede Grundzahl entfallenden Gewinne gezogen, so werden die 150 aus der zweiten Urne gezogenen Zahlen wieder in die Urne zurückgegeben, und es erfolgt abermals die Ziehung einer Grundzahl. Die bereits gezogenen Grundzahlen werden natürlich nicht mehr in die erste Urne zurückgegeben. Auf alle Lose mit einer gezogenen Grundzahl, die nicht einen von den 150 größeren Gewinnen erzielen, entfallen die für die jeweilige Klasse festgesetzten kleinsten Gewinne. Die Prämien werden nach den Vorschriften des Spielplans zugeteilt; so erhält die größte Prämie von 700.000 K jenes Los, das am letzten Ziehungstage der fünften Klasse mindestens 2000 K gewinnt.

Ziehungen der fünften Klasse der ersten Klassenlotterie finden noch statt: heute am 19., ferner am 20., 21., 22., 24., 25., 26., 27., 28. und 29. November und dann am 1., 2., 3., 4., 5., 6., 9., 10. und 17. Dezember.

Bei der gestrigen Ziehung wurden die Grundzahlen 09 und 72 gezogen. Es gewannen:

10.000 K:	208.909
je 5000 K:	8909 22.809 138.409 198.572
je 2000 K:	4272 7472 8009 8672 10.009 10.372 34.609 52.972 63.972 66.172 66.372 67.209 72.972 79.372 92.709 113.272 131.009 164.109 186.172 186.309 192.209.

Volkswirtschaft. Lohnbewegungen und Teilkreis im Odrauer Revier.

In Karwin fand am 16. November eine Revierkonferenz der koalitierten Bergarbeiterorganisationen statt. Nach einem Referat des Abg. Brozik wurde eine Resolution beschlossen, in der die Unnachgiebigkeit der Gewerke gegen die Gewährung einer außerordentlichen Ausbisse für die Bergarbeiter konstatiert wird, die ohne Erhöhung der Kohlenpreise gewährt werden könnte. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Bergarbeiter sowie um den Standpunkt der anderen Bergarbeiterorganisationen kennen zu lernen, beschloß die Revierkonferenz der koalitierten Bergarbeiterverbände, eine gemeinsame Versammlung von Vertretern der Bergarbeitergewerkschaftsorganisationen in der Republik einzuberufen, in welcher ein Antrag auf Kündigung des Kollektivvertrages für alle Kohlenreviere unterbreitet werden soll. In einer zweiten Resolution wird gefordert, daß die Zentrale der Reviere sofort einen Entwurf von Musterstatuten für die Errichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle bei den Revierräten auf Grund des § 9, Absatz 5 des Gesetzes betreffend die Betriebs- und Revierräte ausarbeite, um die willkürliche Entlassung von Bergarbeitern und Koken unmöglich zu machen sowie daß an deren Stelle nicht Arbeiter aus anderen Industriegebieten aufgenommen werden.

Inbessen ist es schon an einzelnen Stellen zu Streiks gekommen. In den Nordbahnschächten in Jarubel, Schlesi-Odrau, und zwar in den Schächten Jakob, Wilhelm und Hermenegild, woselbst schon wiederholt Streikschichten eingelegt werden mußten, wurde die Entlassung eines kleinen Teiles der Belegschaft, die in den drei Schächten über 2000 Mann beträgt, angeordnet. Der übrige Teil der Belegschaft erklärte sich jedoch mit den Gefährdeten solidarisch, verweigerte die Einfahrt und erklärte den Streik.

Die Forderungen der Odrauer Bergleute.

Mähr.-Odrau, 18. November. Der Demonstrationsstreik der Belegschaft der Grube „Hermenegild“ in Schlesi-Odrau wurde heute beendet und die Belegschaft hat die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen. Die heute nachmittags zwischen den Vertretern der Gewerke und der Bergarbeiter geführten Verhandlungen über eine Milderung der beabsichtigten teilweisen Kündigung der Belegschaften führten zu keinem positiven Ergebnis, worauf der Vertreter des Revierrates Sekretär Brada die Forderungen der Bergleute folgendermaßen formulierte:

„Die angekündigten Entlassungen sollen widerrufen werden. Dagegen sollen die Arbeiter fremder Firmen entlassen und die Arbeiten in den Betrieben von der eigenen Arbeiterschaft durchgeführt werden. Die überzähligen Arbeiter sollen in jene Betriebe dirigiert werden, welche eine Erhöhung der Zahl der Arbeiter vertragen. Neue Arbeiter sollen nicht aufgenommen werden, damit durch den natürlichen Abgang das Gleichgewicht hergestellt. Die Direktorenkonferenz soll ihre Antwort schriftlich mitteilen. Ueber ihre Antwort wird die Revierkonferenz der Betriebsräte, die am Montag, den 24. d. Mts., zusammentritt, beraten.“

Wie vorerfahren, sollen in den der Nordböhmischen Gruben zirka acht Prozent der Arbeiterschaft entlassen werden. Ein geringerer Prozentsatz dürfte auch in einigen Gruben der Bistowitzer Werke gelündigt werden. In den übrigen Kohengruben wird vorläufig eine Reduzierung der Arbeiterschaft nicht in Erwägung gezogen.

Die Teuerung und die Forderungen der Bergarbeiter.

Der Beschluß der Brüger Betriebsräteobmänner-Konferenz.

Im Sinne des Beschlusses der Reichskonferenz vom 24. Oktober fanden am 16. November in den Revieren Konferenzen der Betriebsratsobmänner statt. Für Nordwestböhmen tagte dieselbe in Brüx (Bergarbeiterhaus). Es waren 109 Schächte durch 133 Delegierte vertreten, sowie 18 Mitglieder des Revierrates. Nur drei kleinere Schächte waren nicht vertreten. Die Referate über den Stand der eingeleiteten Verhandlungen erstatteten Gen. Bohol und Draxl. An der Debatte beteiligten sich 18 Betriebsräte. Mehrere Anträge, die sich im wesentlichen mit der Teuerung und der damit verbundenen Forderung der Lohnregulierung resp. Teuerungszulage befaßten, wurden der geplanten Konferenz der Bergarbeiterorganisationen zur Beschlußfassung zugewiesen. Ein Antrag, der die Inkraftsetzung des Oberbergbau-schiedsgerichtes verlangt, wurde einstimmig angenommen. Darauf wird folgende Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Die am 16. November 1924 in Brüx tagende Revierkonferenz der Betriebsobmänner Nordwestböhmens beschließt:

Bei den zwischen den koalitierten Bergarbeiterverbänden und dem Verband der Bergbaubesitzer gepflogenen Verhandlungen wurde ziffernmäßig und über jeden Zweifel erhoben nachgewiesen, daß durch die seit Oktober vorigen Jahres durchgeführte Lohnreduktion und das in derselben Zeitdauer eingetretene Ansteigen der Preise der Lebensbedarfsartikel, insbesondere der Lebensmittel, die Lebenshaltung der Bergarbeiter trotz allgemeiner Leistungssteigerung mindestens um 20 Prozent herabgesetzt wurde, so daß sie in Verbindung mit der eingeschränkten Beschäftigung ganz wesentlich unter den Vorkriegsstandard gesunken ist.

Trotzdem wurde seitens der Bergbauunternehmer jede wie immer geartete Regelung der Löhne abgelehnt, obwohl diese Regelung nachweisbar ohne Kohlenpreiserhöhung hätte durchgeführt werden können.

Durch diese Unnachgiebigkeit der Unternehmer sind die Bemühungen der koalitierten Bergarbeiterverbände, im Verhandlungswege eine Verbesserung des herabgedrückten Lohnniveaus der Bergarbeiter herbeizuführen, gescheitert.

Die Bergarbeiter müssen es mit aller Entschiedenheit ablehnen, die Opfer der Profitgier der Unternehmer und der verfehlten finanziellen und Verkehrsvoorkehrungen des Staates zu sein, welche letztere der Bergbauindustrie unterbinden und die allgemeine Teuerung herbeiführen und begünstigen.

Sollten die im Zuge befindlichen Verhandlungen durch die Regierung innerhalb acht Tagen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, ermächtigt die Revierkonferenz die koalitierten Bergarbeiterverbände zur Einberufung einer gemeinsamen Vertretung der Vertreter anderer Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter in der Republik in allerfürzester Zeit, welcher der Antrag auf Kündigung der Kollektivverträge für alle Bergbaureviere vorgelegt und die über das weitere Vorgehen entschieden würde.

Der Unterband des Odrauer Krankentassen für Odböhmen (Sig Trautenau) gibt soeben seinen Jahresbericht für 1923 heraus. Der Bericht enthält den Kasienbericht und den Rechnungsabluß sowie die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für 1923 und bietet eine lehrreiche Uebersicht über die Kasiengebahrung und das Vermögen der dem Unterbande angeschlossenen Krankentassen (Bezirkskrankentassen in Trautenau, Arnau, Grulich und Marschendorf) sowie die Revierbrüderlade in Trautenau dar.

Die Hausfrau verwendet mit Vorliebe **GEC-ZICHORIE** weil diese am besten, ausgiebigsten u. billigsten ist!

Erhältlich in allen Konsumvereinsfilialen!

3050

Mitteilungen aus dem Publikum.

Es überflügelt

durch sein Renommee, seine riesige Wirkung der echte

DIANA

Franzbranntwein mit Menthol

sämtliche ausländischen Erzeugnisse u. Hausmittel. An Nervosität u. Kopfschmerzen Leidende wenden nur eine Massage an, um sich zu erfrischen und ihre ermüdende Tagesarbeit fortsetzen zu können. Nehmen Sie nur DIANA-Franzbranntwein an Weisen Sie minderwertige Nachahmungen energisch zurück!

Überall erhältlich.

DIANA-Franzbranntwein-Produktions-Ges. m. b. H., PRAG VIII., WIEN II., Drahohejlova 1073, Engerthstraße 169

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Baum.

Stock Brandy Medicinal.

garantiert echtes, reines Weindestillat. Nach wie vor die führende Marke.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 18. November.) Es notierten in 86 Bezugs 208-220 Prag, amerif. Hard Winter Romineil 235 Teifchen, Roggen 208-220 Prag, amerif. Western Romineil 223 Teifchen, Gerfte 250-265 Prag, oberfchleifche Gerfte 250 Mittel-Walde, Hafer (naß) 153-155, weißer 158-160 Prag, Weizenmehl 0 3.55, Roggenmehl 0 3.20, amerifanifches Patent 3.25 Teifchen, ungarifches und jugoflawifches 3.20 Bratislawa, Weizenmehl 3.65, Reis Burma II 2.85 Teifchen, Mulman 3.70 Teifchen, italienifches Glas 3.93 Prag, Kaffee Rio 27-28 Prag, Santos 32-34 Prag, Guatemala 34-37 Prag, Tabak Soukong 50-51, Orange Pecco 50-62, Mandeln Bari 32, Rosinen 18-20, Pflaumen böhmifche 6.-, Erbfen 2.50-3.50, Linfen 5.- bis 5.50, Bohnen 2.50, Mohu böhmifcher 7.50-8.-, Rummel böhmifcher 7.-, holländifcher 8.-, Mais La Plata 180 Teifchen, Cinguant. 172 Oberberg, rumänifcher 168 Oberberg, jugoflawifcher 140 Bratislawa, Induftrieartoffeln 40-42, Speifelar-toffeln 50-55 ab Station, Kraut 25 Pardubif, Hirfe 2.70 Prag, Raffee 15.50-17.50, Weifflie 20-28, fchwedifcher Alee 6-14, Jncarnat 2.60 bis 2.80, Wundflie 10-16, Vigras 2.0-3, Luzernflie heimifcher 13.50-14.50, franzöfifcher 14.50-16.50, Wide 1.60-1.70, Pelafche 1.60 bis 1.80, Bucharaltee weiß 4-5, Timoteusgras 4.50-5.50, Lupine blaue 1.50-1.50, gelb und weiß 1.50-1.60, Rothhafer englifcher und franzöfifcher 9-9.50, polnifche Hanffamen 3.25 Petro-witz, rumänifche 3.50 Szob, Raps 3.60-4, Senf 3.50-4.50, Heidekraut 1.60-1.80, Zuderrübe 4-5, Futterrübe 8, deutfehe 11, böhmifches Heu gepref 65-68, fslowakifches 45 Prag, Stroh gepref 26-30 Prag, deutfehe Alee in Säcken 115 Teifchen, heimifche ungefacfte 115 ab Station, amerifanifches Zeit 14.40-14.60 Teifchen.

Gerichtssaal.

Nach dem Schutzgefez.

Vor der Troppauer Strafkammer wurde ein Prozeß zu Ende geführt, dem eine Anklage nach dem Schutzgefez zugrunde lag. Angeklagt waren: Josef Schuster (deutscher Nationalsozialist), Franz Malcher (deutsche Nationalpartei), Robert Schittenhelm, Alois Pitsch (beide parteilos) und Genosse Rudolf Schmidt, Stadtrat, sämtliche in Freudenthal.

Die ersten vier Angeklagten hatten sich wegen Uebertretung des Schutzgefezes nach § 14, Absatz 3, Genosse Schmidt nach § 14, Absatz 2, zu verantworten.

Die Ursache zu dem Prozeße bezog zur Anklage war ein Streit, der im Frühjahr d. J. zwischen der Stadtgemeinde Freudenthal und dem dortigen Kinospieler J. Adam entstand. Adam, ein Sohn des bekannten und verstorbenen Schriftstellers und Schauspielers Engelbert Adam, vulgo Vater Peimann,

übte eine Zeitlang die Kinkonzession der Stadtgemeinde Freudenthal aus, wofür er Verpflichtungen gegenüber der Stadtgemeinde zu erfüllen hatte. Zwischen den beiden kam es zu Differenzen, in deren Folge die Stadtgemeinde dem Adam die Ausübung der Kinkonzession entzog. Darüber war Adam empört und im Verein mit einer tschechifchen Kulturorganisation gelang es ihm, eine zweite Kinkonzession zu erhalten. Das städtifche Kino hatte jetzt einen gefährlichen Konkurrenten, was auch im März zu einer Debatte in der Stadtvertretung führte, in der die deutschbürgerlichen Parteien besonders gegen das tschechifche Kino des Adam Stimmung machten, was bald seine Wirkung zeitigte.

In der Nacht zum 4. April wurde an sechs Stellen der Stadt ein großer Zettel mit Schreibmaschinenschrift angelebt, auf denen unter der ironifchen Merke: „Auch Deutsche!“ die Namen derjenigen Personen standen, welche das tschechifche Kino besuchten. Die Angeklagten Schuster, Malcher, Schittenhelm und Pitsch gingen in dieser Nacht um halb 3 Uhr früh nach Hause. In der Postgasse hängt eine Tafel des deutschnationalen Turnvereines, auf welcher sich auch so ein Zettel befand. Einer von den vier Angeklagten nahm den Zettel von dieser Tafel herunter und pickte ihn unweit auf eine Glasscheibe. Dabei wurden sie betreten und als angebliche Verbreiter dieser Zettel angesehen, wodurch sie sich der Aufregung und Erregung des Hasses gegen eine andere Nation schuldig gemacht haben sollen.

Genosse Rudolf Schmidt, Armenrat und Geschäftsführer des städtifchen Kinkoausschusses, wurde beschuldigt, als Armenvertreter die Stadarmen genötigt zu haben, nicht in das tschechifche Adam-Kino, sondern nur in das städtifche Kino zu gehen.

Sämtliche Angeklagten erklärten sich nichtschuldig. Schuster, Malcher, Schittenhelm und Pitsch haben den Zettel von der Turnvereinstafel deshalb entfernt, weil sie als Mitglieder des Vereines der Meinung waren, er gehört nicht darauf und der Turnverein könnte nur damit Unannehmlichkeiten haben. Daß sie den Zettel noch wo anders hinflehten, bezeichnet der Täter Schuster als eine unüberlegte Handlung.

Genosse Schmidt verantwortete sich dahin, daß er den städtifchen Prüfern nur gesagt habe, es erzeuge unter der Bevölkerung einen Unwillen, wenn sie in das Kino gehen und wenn sie schon gehen, sollen sie das städtifche Kino besuchen. Damit, daß er das sagte, habe er nicht die Absicht gehabt, gegen das tschechifche Kino Stimmung zu machen, sondern nur angestrebt, daß ein Teil des Geldes, das die Prüfer von der Stadt erhalten, derselben in der Form des Kinko-Eintrittes wieder zugute kommt.

Der Gerichtshof verurteilte die ersten vier Angeklagten zu je 100 K Geldstrafe oder fünf Tage Arrest unbedingt. Genosse Schmidt wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wurde u. a. hervorgehoben, daß die ersten vier Angeklagten schuldig erkannt werden müssen, weil es noch ihrer Partei-zugehörigkeit ausgeschlossen erscheint, daß sie die Tat nicht begangen haben.

Bei Genossen Schmidt wurde angeführt, daß er in erster Linie im Interesse der Gemeinde handelte, doch ist die ihm zur Last gelegte Rede anders zu werten, wie sie in der Anklage steht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Angeklagte, Herr Adam, der über 70 Jahre alten Frau noch mehr suggeriert hat, als Angeklagter Schmidt sagte.

Gegen das Strafmaß der Verurteilten meldete der Staatsanwalt die Berufung, gegen den Freispruch die Richtigkeitsbeschwerde an.

Kunst und Wissen.

Wagner-Opus. „Nibelungenring“, vierter Abend, „Götterdämmerung“. Ende gut, alles gut, läßt sich diesmal von der jylifchen „Ring“-Aufführung sagen. Denn auch die sonntägige „Götterdämmerung“-Aufführung hatte ansehnliches künstlerifches Niveau, was umsomehr bedeuten will, als fünf Neubefetzungen die Aufgabe der musikalifchen Leitung und Regie erschweren und gerade die beiden Hauptdarsteller, Siegfried (Herr Strad als Gast) und Brünhilde (Frau Wolf-Ortner), stimmlich nicht so glänzend disponiert waren, wie es dieser Schlußabend verdient hätte. Nichtsdestoweniger gelang es dem suggestiven und begeisterten Talente Alexander Zemlinskys, eine in ihrer Gesamtheit überwältigende und erhebende „Götterdämmerung“-Vorstellung herauszubringen, die, wie der ganze material und künstlerifch vollkommen geblühte „Ring“-Opus, den Beweis erbrachte, daß unsere deutfehe Oper für die höchsten künstlerifchen Leistungen befähigt ist, wenn der Wille dazu vorhanden ist und dieser vor allem vom Opernfche selbst ausgehende Wille auch alle anderen Mitwirkenden von der Primadonna angefangen, bis zum letzten Orchestermusiker befeht. Unter den Neubefetzungen interessierte hauptsächlich Frau Schwarz als Waltraute, die dieser Rolle nicht nur ihre schönen Stimmittel in wirksamster Weise zuteil werden ließ, sondern auch Wärme des Gefühls und Echtheit im Ausdruck. Weniger befriedigt hat dagegen die Guttrune Fr. Karst, die tonlich unsicher und schwach war. Da gleiche gilt von der dritten Norne Fr. Sachers, während Frau Reich-Dörichs blühend-schöner Sopran in der Stimme der zweiten Norne wohlthuend hervortrat. Den Hagen sang Herr Manowarda von der Wiener Staatsoper als Gast; prächtig in stimmlicher Hinsicht, von

überzeugendster und fast dämonifcher Tüde und Grim-migkeit in der Darstellung. Der Andrang des Publikums zur „Götterdämmerung“ war so groß, daß sogar die Direktionslogen ausverkauft wurden.

„Der Kunst“, Musikblätter für die Tschechoslowakifche Republik, hat sein sechsten erschienenen Fest Nr. 10 dem großen russifchen Neutörer Igor Strawinsky gewidmet. Schade, daß diese Nummer etwas gar zu knapp vor dem dieser Tage stattgefundenen Strawinsky-Konzerte erschien, sie hätte wesentlich dazu beigetragen, bei einem großen Teile des Publikums das Verständnis für diesen bedeutenden Musikmodernisten vorzubereiten. Der eigentfche Strawinsky-Artikel, der diese „Kunst“-Nummer eröffnet, ist ein Abdruck des bereits im offiziellen Führer für das im heurigen Frühjahr in Prag abgehaltene internationale Musikfest veröffentlichten Strawinsky-Aufsatzes einer englifchen Zeitschrift. Strawinsky's Musik-Mariettepiel „Die Geschichte vom Soldaten“ würdigt ausführlich Hans Schnoor, während zwei Prager Schriftsteller mit allgemein gültigen Betrachtungen über Strawinsky dienen, Walter Tschup-pil in dem „Gespräch mit Strawinsky“ und Erwin Schulhoff mit einer „Paraphrase über Herrn Strawinsky“. Aus dem weiteren Inhalte der Nummer sind noch zu erwähnen die Artikel: „Revolutionäre Musik“ von Dr. Benes (Prag), „Das Barbarifche in der neuen Musik“ von Dr. Einstein (München) und „Musikalifcher Exotismus“ von Dr. Hornbostel (Berlin); Besprechungen und Kritiken bilden den aktuellen Schlußteil.

Spielplan des Neuen deutfehen Theaters. Heute Mittwoch „Don Carlos“; Donnerstag halb 8 Uhr erstes philharmonifches Konzert; Freitag Wiener Reinhardt-Theater „Ein unmöglicher Mensch“; Samstag Wiener Reinhardt-Theater „Diner zweier Herren“; Sonntag nachmittags „Madame Butterfly“ (bei kleinen Preifen), abends „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Clo-Clo“; Donnerstag Premiere Gastspiel Glöckner-Kramer „Salomons Schwiegertochter“; Freitag Gastspiel Glöckner-Kramer „Salomons Schwiegertochter“; Samstag 3 Uhr „Rotkäppchen“, abends „Clo-Clo“; Sonntag 3 Uhr „Salomons Schwiegertochter“, abends „Barbier von Sevilla“.

Der Film.

Der Film und die Kinobesucher. Die Herbst- und Winterzeit füllt die Kinos stärker mit Besuchern, als der Sommer mit seinen schönen, warmen Abenden. Jetzt bricht die Dunkelheit bald herein. Frostige Nebel lassen den Aufenthalt im Freien wenig angenehm erscheinen, der lange Abend wirkt, wenn man ihn daheim zubringen muß, langweilig, außerdem löst die Beheizung und die Beleuchtung Geld. Es sprechen demnach eine Menge von Gründen für den Besuch des Kinos. Das Verlangen, sich während zwei Stunden im Kino aufzuhalten und Filme zu sehen, haben wir in früheren Aufsätzen analysiert, wie wir auch Reformen zur Befestigung des filmifchen besprochen haben. Diesmal soll das Verhältnis der Besucher zum Kino von einer anderen Seite betrachtet werden. Wir verweisen hiebei auf Ausführungen des Präsidenten der Wiener „Urania“, Dr. Ludwig Köhler, über aufbauende Kinoreform. Dr. Köhler, der in diesen Ausführungen zeigt, wie sich der Film im Gegensatz zu allen anderen Volkunterhaltungen und Volkstänfen, welche eine jahrhundertelange Entwicklung hinter sich haben, in seiner kurzen, kaum fünfundsanzigjährigen Geschichte von der Alleinherrschaft des Geschäftsprinzips nicht habe losreißen können, ist auch der Ansicht, daß die starke Zugkraft schlechter Filme kein Beweis für den schlechten Geschmack der Bevölkerung sei. Nur die kapitalifche Tendenz der Kino-Induftrie hat die unersfreuliche Richtung beim Kinopublikum hervorgebracht und was die Herzen des Kinopublikums den Geist der Bevölkerung nennen, das ist dieser Herzen eigener Geist. Der Film ist ein Kulturgut, aber dieses Kulturgut wird hergestellt von der großkapitalifchen Induftrie. Das Filmkapital wirkt selbstherrlich durch Plakate und bezahlte Inserate und eine unabhängige Filmkritik ist selten. Soweit die Ansicht des Herrn Dr. Köhler, die sich mit unserer Anschauung deckt. Die Kulturbestrebungen der organifzierten Arbeiterschaft haben in den letzten Jahren zu außerordentlich großen Erfolgen geführt. Es braucht nur auf das Vortrags-, Theater- und Musikwesen verwiesen zu werden, ferner auf die Körperkulturpflege, kurz, fast auf allen kulturellen Gebieten wird der kapitalifchen Anschauung die proletarifche entgegengefezt, nur im Filmwesen gibt es keine eigene proletarifche Unternehmung. So viel uns bekannt ist, ist erst in ganz jüngster Zeit ein Film entstanden: „Die Schmiede“, der als proletarifches Kunstwerk angesprochen werden kann. Ob damit der Weg frei gemacht wird zur weiteren Entwicklung, bleibt abzuwarten. Die Filmherzeugung im allgemeinen frant an dem Uebelstande, daß schon im vorherigen mit dem Verkauf des Films nach Amerika gerechnet wird. Man ist daher bemüht, die Filme zu gestalten, daß sie überallhin veräußert sind und so werden sie auf einen Durchschnittsgeschmack eingestelt. Auf diese Weise kommen Filme zustande, die in Deutschland so gut wie in der Tschechoslowakei, in Frankreich und England so gut wie in Amerika gespielt werden können, kurz, dem Filme fehlt jede kernige Eigenart. Eine Ausnahme machen die schwedifchen Filme, die

die eigenartige Note des schwedifchen Volkstums beibehalten und das dargestellte Mittel natürlich und lebenswahr veranschaulichen. Wie sehr gerade dem amerifanifchen Geschmack entgegengekommen wird, zeigen beispielweise die Filme mit Tom Mix, dem großen Trapper, der als bester Cowboy auf amerifanifchem Boden einherreitet, der allen Verfolgern entrinnt und im Kampfe Tugend Feinde nieder-schlägt, niederknast oder mit dem Loffo einfängt. Gibt es einen Film, der irgendeinen, nur dem deutfehen Volke eigenen Zug zum Ausdruck bringt? Und ist ein solches Filmwerk nicht bekannt. Vielleicht wird geantwortet: Und was ist denn mit den „Nibelungen“? Die „Nibelungen“ bringen nur einen Auschnitt aus der deutfehen Sagenwelt, sie bringen nur bestimmte Gefalten, sie zeigen aber keinen Zug, aus dem deutfehen Volkstum. Wie sehen denn die Filme, die uns vorgeführt werden, eigentfch aus? In den weltläufig meiften dieser Filme wird ein Leben der Unwirklichkeit vorgeführt und viele davon identifizieren das Gute mit dem Reichtum, das Böfe aber mit Armut. Solche Filme sind nicht nur dumm, sondern durchaus verlogen und auch gefährlich. Die Arbeiterschaft, die der Kunst große Aufmerksamkeit schenkt, wird auch dem Filme größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Täglich werden Filme in allen Ländern der Welt vor Millionen arbeitenden Menschen gespielt. Sollte denn da wirklich nicht eine Möglichkeit sein, diesen Menschen statt Schund und Ritsch endlich wirkliche Kunst zu geben?

Die ganze Republik erwartet „Die Sklavenkönigin“. Premiere: Freitag, Bio Orient, 3070

Turnen und Sport.

Falkenauer Fußballklub gegen Spielvereinigung Auffig 3:1 (2:0).

Statt des schon vor längerer Zeit angekündigten Bundesmeisters Weiskirchly mußte sich der F. F. A. noch in letzter Minute die Auffiger verpflichten, nachdem W. neuerdings absagte. Daß die Auffiger unserem Bundesmeister nicht mehr viel nachsehen, hatten sie schon beim letzten Spiele bewiesen, so daß es anlässlich des Saisonfchlusses in Falkenau noch zu einem schönen sairen Spiele gekommen ist.

Falkenau mußte mit zwei, Auffig mit einem Er-satzmann antreten, so daß man allgemein auf einen Sieg der Auffiger tippte. Es kam wieder einmal anders. Dem Schiedsrichter stellten sich um halb 3 Uhr folgende Mannschaften: Auffig: Raiborfer-Koza, Anert-Semts, Wagner, Hoche-Schreiner-Hankirch, Ritsche, Neumann, Koza II; Falkenau: Hammer-J. Jäger, Grünes-Gabriel, Frifch, Langhammer, - Zintel, Hammer II, Fischer, Stadler, Bod. Spielverlauf: Auffig hat Anstoß und kommt gleich bis zum Falkenauer Tore durch, Jäger kann noch retten und gibt den Ball zur Halbreihe vor. Der Angriff wird von Frifch sofort eingeleitet, ein herrlicher Flügelauß von Bod, eine Flanke und schon bringt Fischer einen seiner Prachtköpfer an. Gleich darauf ist es in der sechsten Minute wiederum Fischer, der durch Alleingang den zweiten Treffer für Falkenau erzielen kann. Man glaubt nun schon an eine größere Niederlage der Auffiger, doch diese kommen auf - sie hatten sich scheinbar ganz überlassen lassen - man sieht sie nun zeitweise stark in Front, sodah ein vollkommen offenes Spiel vorgeführt wird. Bis zur Halbzeit können beide Mannschaften an dem Resultate nichts verbessern; erst nach Seitenwechsel können die Falkenauer stark aufkommen und durch Bod in der 24 Minute das dritte Tor erzielen. Auffig, welches erst in den letzten 20 Minuten wiederum zu Worte kommen kann, erzielt durch ein Mißverständnis der Falkenauer Verteidigung in dieser Zeit den verdienten Ehrentreffer.

Somit ist also auch das letzte Spiel der Saison schön verlaufen und der trotz ungünstiger Witterung gute Besuch hat gezeigt, daß der F. F. A. in diesem Jahre einen ungeheueren Aufschwung genommen hat. Wir wollen hoffen, daß im nächsten Jahre kein Rückschlag eintreten wird.

Bei dem sonntägigen Spiele leistete jeder einzelne Spieler sein Bestes und es wäre ein Unrecht, einen Einzelnen hervorzuheben. Auch die Auffiger zeigten, daß ihre Form noch gut ist. Die drei Tore waren für ihren Tormann nicht zu halten, der dafür des öfteren Gelegenheit hatte, zu beweisen, daß er mit zu unseren besten Tormännern gerechnet werden kann.

Herausgeber Dr. Ludwig Tsch. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riegnert. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag Für den Druck verantwortlich: O. Dollk



Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.